

Grüne Post für Mittelbaden

Februar 2011

Informationen zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 27. März 2011 von Bündnis 90/Die Grünen

Baden-Württemberg braucht mehr Mutbürger

Baden-Württemberg wacht auf • Guten Morgen, Herr Mappus, wir sind schon da!!



Mutbürger unter sich: Bea Böhlen vom Wahlkreis Baden-Baden/Bühl unterhält sich angeregt mit Alex Bonde (Bildmitte), dem Haushaltsexperten der Grünen Bundestagsfraktion aus Baiersbrunn. Mit Manuel Hummel, dem Kandidaten aus dem Wahlkreis Rastatt, stimmen sie überein, dass die selbstherrliche Landesregierung um Stefan Mappus für Baden-Württemberg nicht länger tragbar ist. Stuttgart 21 und der EnBW-Aktien-Rückkauf zeugen von drastischer Inkompetenz und großer Verschwendung von Steuergeldern.

Wutbürger, das Wort des Jahres 2010, das sind wir. Bürger, die arbeiten gehen, Kinder groß ziehen und brav ihre Steuer zahlen. Bürger, die gleichwohl nicht nach Feierabend mit Fernsehen und Internet zufrieden zu stellen sind, sondern die Forderungen und Wünsche an Staat und Politik haben. Kein Wunder, denn sie finanzieren diesen Staat. Wutbürger sind das Gegenteil vom Deutschen Michel mit der Zipfelmütze auf dem Kopf, dem alles egal ist. Wutbürger finden es ungerecht, wenn ei-

ner langjährig beschäftigten Verkäuferin im Supermarkt gekündigt wird, weil sie Flaschenpfand im Wert von Euro 1,30 unterschlagen haben soll und wenn sich ehrenwerte Manager – wie beispielsweise der Postbank – dicke Boni genehmigen in Millionenhöhe, obwohl sie drastische Verluste produzierten. Wutbürger verstehen es nicht, dass Politiker, wie bei der Bayern-Landesbank in Aufsichtsräten sitzen, dafür gut entlohnt werden und wenn die Bank Bankrott zu gehen droht, davon nichts wuss-

ten, sich auf andere verlassen haben, ihre Kontrollfunktion nicht wahrgenommen werden können. Wozu sitzen solche Politiker für uns, für die Allgemeinheit, in solchen Gremien? Wutbürger sind Bürger, die wählen gehen und dann mit ansehen müssen, wie die von ihnen gewählten Politiker vor internationalen Spekulanten und Finanzjongleuren in die Knie gehen. Die nationale Politik kommt so gegen internationale Spekulation nicht an. Bei den Hartz-IV-Sätzen wird über

die Beträge hinter dem Komma gefeilscht, bei den Banken und Großkonzernen spielen die Milliarden scheinbar keine Rolle, die der Staat zu ihrer Rettung bereit stellt. „Systemrelevant“, „alternativlos“ (Unwort 2010) lauten dann die Schlagworte, während dem Harz-IV-Empfänger der Euro und dreiundfünfzig Cent, für das Bier gestrichen wird. Nein, es geht nicht um Klassenkampf, es geht um Gerechtigkeit. Was unten gilt, muss auch oben gelten. Geradestehen für seine Handlungen,

Ehrlichkeit, Transparenz, maßvoll bleiben. Wenn gegen diese Werte verstoßen wird, regen die Wutbürger sich auf. Zum Glück!

Bei Stuttgart 21 wurde sage- und schreibe über achtzehn Jahre lang in vielen Gremien verhandelt, geplant, verworfen und dann beschlossen – sicher alles legal. Doch am Ende werden die Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt, obwohl die Summe, um die es ursprünglich ging, sich mittlerweile verdoppelt hat. Da wird der Schwabe rebellisch, denn die Geschäftsgrundlage hat sich grundlegend verändert. Dazu kommt, dass die zunächst vorgesehene Planung über der Erde so grauenhaft war – hässliche Banken- und Versicherungsgebäude – dass einem selbst dieser Bahnhof, der ja nun auch nicht gerade einen Höhepunkt architektonischen Schaffens darstellt, lieber ist. Wenn dieses Ergebnis von arroganten Politikern als „Volkes Wille“ verkauft wird, dann begehrt der Wutbürger massenhaft auf: „Oben bleiben!“

Ministerpräsident Stefan Mappus präsentiert sich in Südostasien als geschickter Verkäufer von Erfindungen und Technologien made in Baden-Württemberg. Gerne auch im Bereich Zukunftsenergien und regenerativen Energien. Im Ländle selbst aber blockt er ab! Windkraft ist tabu, das Geld wird lieber für Atomtechnik investiert. Da der Euro eben nur einmal ausgegeben werden kann, fehlt dieses Geld zur Förderung der regenerativen Energien. Schon alleine das ist ein gewichtiger Grund, diese Landesregierung abzuwählen.

Stuttgart 21, ein zweiter, die Bildungspolitik und ein dritter Grund. Da wird viel geredet und konferiert, es werden viele Vorschriften erlassen und nur „Reförmchen“ durchgeführt, aber richtig Geld wird nicht in die Hand genommen. Die Lehrer werden verheizt, die Bürokratie nimmt überhand und doch klagen am Ende die Betriebe über mangelnde Grundfertigkeiten der Schüler in die es ursprünglich ging, sich mittlerweile verdoppelt hat. Das ist schlechter Stil, Herr Mappus!!

Wir stellen in dieser Zeitung vier Unternehmer aus Baden-Württemberg vor, zwei davon aus Steinbach und Bühl, die Ideen für die Zukunft haben bzw. dabei sind, sie umzusetzen. Solche Leute braucht das Land und Politiker, die das fördern und die politischen Rahmenbedingungen schaffen, in denen diese Unternehmer tätig werden können. Sozial verantwortlich und ökologisch bewusst. Das ist die Zukunft.

Unsere Kandidaten Bea Böhlen und Manuel Hummel wissen das. Wer wie Bea Böhlen täglich in einem Kiosk steht und vom Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften lebt, mit den Leuten redet, hat Bodenhaftung.

Wir, die Grünen, haben uns immer an den Problemen der Bevölkerung orientiert und die sind so drängend, dass uns selbst 60 Prozent Zustimmung bei der Landtagswahl nicht übermütig machen würden. Eine Mehrheit ist erst eine Voraussetzung für politisches Handeln, aber noch keine Problemlösung. Die Bewährungsprobe kommt erst danach. Gut, wenn man dafür Ideen hat. Grün kommt.

„Nein“ zu Mappus' EnBW-Deal

„Die vielzitierte schwäbische Hausfrau wäre hochzufrieden“, kommentiert Ministerpräsident Mappus stolz den Kauf des EnBW-Aktienpakets der EdF durch die Landesregierung. Doch das ist Quatsch. Die schwäbische Hausfrau wäre entsetzt. Denn das Geschäft, für das das Land eine Bürgschaft von 5,9 Milliarden Euro – das ist ein Sechstel des Landeshaushalts! – aufnehmen musste, missachtet die Rechte des Parlaments, ist wirtschaftlich zweifelhaft und riecht nach „Vetterleswirtschaft“. Wir Grünen lehnen den Deal deshalb entschieden ab. Der Milliarden-Deal ist demokratisch fragwürdig. Die Art und Weise wie Ministerpräsident Mappus den Kauf der EnBW-Aktien von der Electricité de France eingefädelt hat, ist eine Farce. Ohne den Landtag als Volksvertretung zu informieren und zu beteiligen, hat er den Deal durchgezogen. Um den Landtag

zu umgehen, hat der Finanzminister dem Geschäft mit seinem Notbewilligungsrecht zugestimmt. Diese Begründung ist fadenscheinig und konstruiert. Denn das Notbewilligungsrecht ist vorgesehen für außergewöhnliche Ereignisse wie Naturkatastrophen oder Seuchen, in denen die Landesregierung sehr schnell finanziell handeln muss. Eine solche Notsituation war aber beim Kauf der EnBW-Aktien definitiv nicht gegeben. Es gibt nur einen Grund für die Eile, mit der Mappus das Geschäft durchgezogen hat: Er will damit bei den anstehenden Landtagswahlen punkten. Dazu kommt: Mappus hat den Kaufvertrag mit der EdF ohne jeden Parlamentsvorbehalt abgeschlossen. Damit hat er den Landtag zu einem bloßen Abnickverein degradiert, da das Parlament das Milliardengeschäft nicht mehr hätte verhindern können. Die Grünen-Abgeordneten

haben aus Protest gegen das Vorgehen gemeinsam mit der SPD bei der Abstimmung den Plenarsaal verlassen. Fakt ist also: Die Landesregierung hätte vor dem Kauf unbedingt eine Sondersitzung des Landtags einberufen müssen. Das hat Mappus nicht getan. Mit seinem Vorgehen stellt er Aktienrecht über die Landesverfassung. Das Opfer von Mappus' Machtmissbrauch ist die demokratische Kultur im Land. Der Milliarden-Deal ist wirtschaftlich zweifelhaft. Das Land überweist der EdF pro Aktie 41,50 Euro. Das sind 18 Prozent mehr als die EnBW-Aktien zuletzt an der Börse notiert waren. Dieser Preis ist zu hoch, sagen Experten. Denn die EnBW setzt auf ein überkommenes Geschäftsmodell: Kein anderer Energiekonzern hat einen so hohen Anteil an Atomkraft.

Dieser Landesregierung fehlt der politische Mut, die langfristige Nachhaltigkeit der Landesfinanzen endlich in Ordnung zu bringen. Vor allem das Problem der explodierenden Pensionsverpflichtungen bleibt ungelöst. Der Rechnungshof errechnet eine Schattenverschuldung von 70 Milliarden Euro für die künftigen Beamtenpensionen. Der Pensionsfond des Landes

Kinderbetreuung

Ministerpräsident Stefan Mappus hat betont, der Ausbau der Krippenplätze sei ein „elementarer Pfeiler der Familienpolitik“, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermögliche. In der Praxis wird das Ziel der Vereinbarkeit Familien und Beruf nach wie vor im Schnecken tempo umgesetzt. Ministerpräsident Mappus lehnt die stärkere finanzielle

umfasst aber nur 600 Millionen Euro – weniger als ein Prozent dieser Summe. Für jeden neu eingestellten Beamten müssten jährlich 13.000 Euro in den Fonds einbezahlt werden – tatsächlich sind es aber nur 6.000 Euro. Das heißt: Die Nachhaltigkeit des Haushalts wird jedes Jahr schlechter. (Quelle: Denkschrift 2010, Beitrag Nr. 4)

Beteiligung des Bundeslandes ab. Die Betreuungsquote lag 2010 bei 18,3 Prozent. Nach den Ausbauplänen der Landesregierung hätten es aber bereits 22 Prozent sein sollen. Wenn das Land nicht deutlich zulegt, droht die Einlösung des bundesweiten Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz ab 2013 in Baden-Württemberg zu scheitern.

Schattenverschuldung Steuer-CD

Seit Jahren ist die Betriebsprüfung und Steuerfahndung unterbesetzt und das obwohl der öffentlichen Hand mit jedem fehlenden Betriebsprüfer über eine Million Euro verloren gehen, da Betriebe oft über zwanzig oder dreißig Jahre mangels Prüfern nicht geprüft wurden. Ohnehin hat es die Landesregierung nicht eilig, Steuersündern das Handwerk zu legen: Dies zeigt der offenkundige Widerwillen gegen den Ankauf der Steuer-CD, die erst über Umweg den Weg in die Steuerverwaltung des Landes fand und dann zu über 7.000 Substanzen führte. Bei dieser Zahl allerdings ist Baden-Württemberg „Spitze“ im Bundesgebiet. Erst jetzt, nachdem alle „dicken Fische“ Selbstanzeige gemacht haben, fordert Stächele härtere Konditionen bei der Straffreiheit nach Selbstanzeige.

Nur Beten fürs Wachstum genügt nicht



Alexander Bonde, 36, ist seit 2002 MdB. Der gebürtige Freiburger ist haushaltpolitischer Sprecher und Obmann im Haushaltsausschuss. Seine Schwerpunkte sind Haushalt und Generationen-Gerechtigkeit, Sicherheits- und Außenpolitik sowie Ländlicher Raum und Landwirtschaft.

„93.000,00 Euro neue Schulden pro Minute“, so hoch ist die von CDU/CSU und FDP beschlossene Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr. „Das ist dramatisch“, so Alexander Bonde, ist haushaltspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Bonde berichtete am 11. Januar 2011 in Rastatt über die Verhandlungen zum Bun-

deshaushalt 2011. Alex Bonde, MdB, fordert eine langfristige und nachhaltige Strategie für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und für die Wirtschaftspolitik. Der grüne Finanzexperte sprach sich dafür aus, die Schulden abzubauen und ökologisch unsinnige Subventionen zu streichen. Alexander Bonde sieht die Neuverschuldung des Haus-

halts als wesentliches Wachstumshindernis: „Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat sich nicht an den Abbau umweltschädlicher Subventionen herangewagt. Dabei könnten in diesem Bereich bereits in einem ersten Schritt knapp zehn Milliarden Euro eingespart werden. Dies würde auch einen entscheidenden Impuls zur ökologischen Modernisierung unserer Volkswirtschaft geben.“

Für den engagierten Haushaltspolitiker von Bündnis 90/Die Grünen muss die Konsolidierung der Staatsfinanzen in den nächsten Jahren Vorrang haben. Für Steuersenkungen sieht er deshalb keinen Spielraum: „Mir fehlt hier die Fantasie, die offensichtlich die FDP immer noch umtreibt – aber Beten fürs Wachstum und die Hoffnung auf chinesische S-Klasse-Wagenkäufer, das wird leider nicht genügen.“

Der schwarz-gelben Bundesregierung wirft Bonde vor, die Lasten immer mehr auf die Schultern der Kommunen umzuverteilen. So würden beispielsweise künftig für Hartz-IV-Empfänger vom Bund keine Rentenbeiträge mehr bezahlt. „Das bedeutet“, so Alex Bonde, „dass viel mehr Leute im Alter

in die Grundsicherung fallen. Das müssen dann die Kommunen bezahlen.“

Vielmehr müssten die Städte und Gemeinden eine sichere sowie verlässliche Einnahmeharmonisierung, die wenigstens teilweise unabhängig von der Konjunktur ist. Ein Umbau der Gewerbesteuer und die Einbeziehung der Freien Berufe soll das möglich machen, so der haushaltspolitische Sprecher der Grünen. Haushaltsexperte Bonde warb zugleich darum, in „Technologien von morgen“ zu investieren. Innovationen, die zu niedrigerem Ressourcenverbrauch führen, und Umwelttechnologien sind sicherlich Schlüsselbereiche, die wir entsprechend fördern sollten. Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, wirklich zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine erheblich ressourcenverträgliche Produktion sind die Grundlagen für den

notwendigen Strukturwandel, der erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften möglich macht.“

Auch die Landespolitik spielte bei dem Besuch des Bundestagsabgeordneten in Rastatt eine wichtige Rolle. Alex Bonde kritisierte vor allem die von CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus vor Weihnachten eingefädelt EnBW-Übernahme. Das Aktienpaket sei zu teuer, der Ministerpräsident habe auf eine ordentliche Wertermittlung verzichtet und zudem das Parlament erst nachträglich informiert. Die Risiken trage der Steuerzahler, so Bonde: „Weder ist der Anteil, den das Land jetzt an EnBW hält, in wenigen Jahren wieder für den jetzt zu zahlenden Kaufpreis verkäuflich, noch sind die Dividendenhöhe und die niedrigen Zinsen eine sichere Wette. Mappus zockt – die Risiken tragen die Bürgerinnen und

Bürger in Baden-Württemberg.“ Alex Bonde äußerte sich schließlich auch zu dem Vorwurf, die Grünen wären eine reine „Dagegen“-Partei.

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, wie sie die Grünen umsetzen wollen, verhindere keine Spitzentechnologie, sondern setze im Gegenteil viel stärker auf umweltverträgliche Hochtechnologie. Zum Beispiel in neue Windkraftanlagen.

Die werden auch in Baden-Württemberg entwickelt – aber neue Windräder werden hierzulande nur sehr selten gebaut. „Die Landesregierung hat hier vor 50 Jahren zum letzten Mal Wind gesichtet. Wer blockiert hier den Fortschritt? Man müsste einmal“, so das Fazit von Alexander Bonde, „eine Landkarte zeichnen mit allen Windkraftstandorten, die die CDU in Baden-Württemberg verhindert hat!“

Die Dagegen-Dagegen-Partei

Mal Hand aufs Herz, Frau Bundeskanzlerin Merkel.

Wer in der Opposition sitzt, der darf ruhig mal gegen das eine oder andere Vorhaben dieser oder jener Regierung sein. Wären Opposition und Regierung immer nur konform, bräuchten wir weder Wahlen, noch unterschiedliche Gruppierungen oder Parteien. Haben Sie es vergessen, dass die Nazis die damaligen „Dagegen-Parteien“ alle systematisch ausgeschaltet haben? Auch in ihrer Heimat hat die SED alle anderen Parteien vereinnahmt. Das Ende

vom Lied ist hinlänglich bekannt. Seien Sie doch froh, dass wir eine Pluralität in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland haben und schüren Sie nicht mit ihren Worthülsen die Politikverdrossenheit. Ähnlich wie die „Rote-Socken-Kampagne“ von Pfarrer Peter Hinze, schießen sie haarscharf am eigentlichen Thema vorbei. Der mündige Bürger mag am liebsten eine transparente Politik und nachvollziehbare Ergebnisse sehen. Die Zeiten von schönen Sonntagsreden,

wie „Blühende Landschaften“ oder „Die Renten sind sicher!“ sind vorbei. Die Verarsche war gestern. Heute demonstrieren viele aufgeweckte Bürger gegen politische Selbstherrlichkeit, wie sie Stefan Mappus praktiziert und er sie vielleicht von Hans-Karl Filbinger und Franz-Josef Strauß abgeschaut hat. Frau Merkel, wir versprechen Ihnen hier und heute, sollten Sie in absehbarer Zeit auf der harten Oppositionsbank Platz nehmen müssen, dass Sie das Recht haben, im Parlament auch mal dagegen zu sein.

Dringend gesucht: Dr. med. ???

Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt eine Gesundheitspolitik, die die Privatisierung des Gesundheitsmarktes vorantreibt. In Baden-Württemberg hat sich die Landesregierung bislang nur zögerlich der nötigen Aufgabe gestellt, den Strukturwandel politisch zu begleiten und lenkend einzugreifen. Frau Merkel und Co. haben keine proaktiven, zukunftsgerichteten Konzepte vor allem im ländlichen Raum vorzulegen und verharren weitgehend bei den alten Modellen von Arztpraxen und Kliniken. Wir haben alternative Mo-

delle entwickelt, um die Gesundheitsversorgung auch zukünftig sicherzustellen:

Gerade dem drohenden Ärztemangel im ländlichen Raum wollen wir mit Gesundheitszentren entgegenwirken. Darin können niedergelassene Ärzte und Therapeuten kooperieren, um eine ambulante Gesundheitsversorgung passgenau und kosteneffizient bereitzustellen. Wir wollen gerade im ländlichen Raum zudem so genannte Gesundheitshäuser einrichten, die echte Beratungs- und Serviceangebote für Patienten bündeln und in denen auch Selbsthilfegruppen und Sozial-

stationen integriert sind. 41 Prozent der Allgemeinmediziner im Land sind älter als 50 Jahre, 23 Prozent sogar älter als 60 Jahre. In den nächsten zehn Jahren werden voraussichtlich bis zu fünf Prozent der Hausärzte pro Jahr in den Ruhestand gehen. Um in den nächsten Jahren eine hausarztzentrierte Versorgung mit wohnortnahen Strukturen sicherzustellen, wollen wir bessere Rahmenbedingungen für Landärzte schaffen. Hier können Maßnahmen wie Rotationsysteme, Umsatzgarantien oder Teilzulassungen sinnvoll sein.

Zur Person: Winfried Kretschmann

Aufgewachsen ist Winfried Kretschmann, der Spitzenkandidat in einem liberalen, katholischen Elternhaus, in dem frei gedacht und gestritten und zugleich der ganze Reichtum des Kirchenjahres gelebt wurde. Vom Dorf auf der Schwäbischen Alb ging es dann auf's Gymnasium in Oberschwaben. Es folgte die 68er Sozialisation in linksradikalen K-Gruppen an der Uni Hohenheim. Nach diesem, wie Kretschmann sagt, „fundamentalen politischen Irrtum“ hat er dann erst mal Schüler jenseits aller Ideologien über die fundamentalen chemischen und biologischen Zusammenhänge der Welt unterrichtet. Doch das Politische ließ ihn nicht los. 1980 gründete er mit anderen die GRÜNEN in Baden-Württemberg und zog wenig später mit fünf Parteifreunden in den Landtag als erste grüne Fraktion in einem Flächenstaat. 1986 holte ihn

Joschka Fischer ins erste grüne Umweltministerium nach Hessen. Nach dem Bruch der Koalition mit „Dachlatten-Börner“ erfolgte die Rückkehr in den Landtag. 2000 geht Fritz Kuhn nach zwölf Jahren Fraktionsvorsitz nach Berlin. Dieter Salomon wird sein Nachfolger und 2002 Oberbürgermeister von Freiburg. Seitdem ist Kretschmann Fraktionsvorsitzender der baden-württembergischen Grünen. „Damit ist auch die Zeit der Querköpfigkeit vorbei. Jetzt muss ich integrieren, zusammenführen und zu allem was Kluges sagen.“ Im Dezember 2005 wählten ihn die baden-württembergischen Grünen zu ihrem Spitzenkandidaten. Kretschmann ist in der Mitte der Partei angekommen - und die Partei in der Mitte der Gesellschaft. Auch für die kommende Landtagswahl im März 2011 wurde Kretschmann zum Spitzenkandidaten nominiert.



Seit 30 Jahren sitzen die Grünen im Landtag und haben die zweite Hälfte von 50 Jahren Baden-Württemberg aktiv mitgestaltet - aus der Opposition heraus. „Jetzt wird es Zeit, aus der Regierung heraus mitzugestalten und Baden-Württemberg zu begrünen.“ Die Umfragen zeigen, dass immer mehr Menschen genau das wünschen. www.gruene-bw.de/wahl/spitzenkandidat.html

W-quadrat

Ihre Solar

Spezialisten

ökologisch handeln

Zukunft sichern



- Solar-Erfahrung seit 1991
- über 25.000 qm PV-Module/Jahr
- zufriedene Kunden durch Qualität
- Ingenieurbüro für fachgerechte Planung
- Meisterbetrieb



Warum kommt der Aufschwung unten nicht an?

Als die Finanzkrise uns noch fest im Griff hatte, war uns klar geworden: Wirtschaftlich befinden wir uns auf dem falschen Weg. Wir sahen in den Abgrund, und die Regierungen handelten fast panisch: Unglaubliche Billionen an Kredit-Dollars und -Euros stopften sie in die aufgerissenen Finanzlöcher. Dann beruhigte sich die Situation – und schon genehmigten sich die Manager der gerade mit unserem Geld geretteten Banken wieder üppig Millionen-Boni. Ein rekordverdächtiger Aufschwung begann, jedenfalls in Deutschland, und hier vor allem auch in Baden-Württemberg.

Alles richtig gemacht?
Ist nichts gewesen?
Weiter so wie bisher?

Das große Euro-Gewittergrollen am Horizont zeigt: Die Krise ist nicht überstanden. Denn die Verhältnisse, die uns an den Rand des Ruins führten, haben sich nicht geändert.

Die Finanzkrise war die logische Folge eines jahrzehntelangen Fehlverhaltens, sie bedeutete das plötzliche Sichtbarwerden verdeckter schädlicher Entwicklungen, so wie beim Ausbruch einer bösartigen Krankheit.

Die schwarz-gelben Regierungen im Bund und in den Ländern kurieren an den Symptomen. Aber die Skepsis der Bevölkerung wächst. Da entsteht Misstrauen gegen gigantomanische Großprojekte ohne erkennbaren Nutzen, wie in Stuttgart zu besichtigen. Gegen Castor-Fahrten in den Verdrängungssirnsinn unbeantworteter Endlagerfragen wie in Gorleben.

Die Grundlage des Misstrauens ist jedoch die Erfahrung, dass unser Wirtschafts- und Verteilungssystem kaum noch für eine Realisierung des Lebensglücks von Jedermann taugt. Was sollen wir von Verhältnissen halten, in denen junge Leute eine vernünftige Lebensplanung mit Familie und Kindern in den Wind schreiben müssen, weil sie aus Praktika und prekären Zeitverträgen nicht herauskommen und keine Aussicht auf dauerhafte Anstellungsverhältnisse haben?

Was ist mit den Hoffnungen dieser Generation auf eine moderate Vermögensbildung, einen gewissen Wohlstand und eine angemessene Altersversorgung? Und auf welchem abgesenkten

Qualifikationsniveau kehrt der gut ausgebildete Hartz IV-Empfänger bei Beendigung seiner Arbeitslosigkeit zwangsweise ins Berufsleben zurück?

Damit es unsere Gesellschaft nicht zerreißt, müssen wir die zukunftsvernichtenden Regeln und Bedingungen verändern, nach denen wir arbeiten, nach denen wir Gewinne und Verluste verteilen und unsere Steuern zahlen.

Arbeiten

Seit zwei Jahrzehnten sind unsere Reallöhne nicht gestiegen, sondern gesunken. Die Produktivität unserer Wirtschaft stieg im gleichen Zeitraum gewaltig. Doch die Einkünfte der unteren und besonders der mittleren Einkommensschicht sanken über zehn Prozent. Der durchschnittliche Netto-Realverdienst lag 2008 bei Euro 15.845,00 jährlich.

1986, 22 Jahre zuvor, betrug das Netto-Realeinkommen Euro 15.785,00. Wer ist schuld an dieser unglaublichen Situation, in der Arbeitnehmer von den Produktivitätsfortschritten zweier Jahrzehnte nichts abbekommen?

Wir brauchen starke Gewerkschaften, die ihre Aufgabe nicht vergessen dürfen: im Kräftegleichgewicht den gerechten Anteil der arbeitenden Bevölkerung einzufordern und sicherstellen!

Zum Thema „gerechter Lohn“ gehört die Frage der Mindesteinkommen. Wenn wir schon den Traum von der Arbeit für Alle aufgeben mussten und wenn man schon mit einem vollen Job nicht mehr unbedingt eine Familie ernähren kann, dann sollten acht Stunden Arbeit wenigstens zur Selbsterhaltung ausreichen.

Damit diese Mindestanforderung erfüllt werden kann, haben die meisten Länder Europas und schon seit Roosevelts Tagen die USA gesetzliche Mindesteinkommen festgelegt. In Luxemburg betrug das monatliche Mindesteinkommen 2008 schon Euro 1.570,00 ; in den Niederlanden Euro 1.335,00 ; in England Euro 1.222,- und in Frankreich Euro 1.280,00.

In Deutschland bestreiten die Neoliberalen den Nutzen von Mindestlöhnen. Das Ergebnis sind Hungerlöhne von unter fünf Euro in strukturschwachen Gebieten, eine Lohndumping-Spirale durch osteuropäische Anbieter und ein Rattenschwanz

an sozialen Folgeproblemen. Damit wir auf der Grundlage eines stabilen Einkommens unser Leben planen und etwa eine Familie gründen können, gibt es Daueranstellungen und einen Kündigungsschutz. In Deutschland ist der Kündigungsschutz besonders gut ausgebaut – jedenfalls für die, die im Boot sitzen. Er ist so gut ausgebaut, dass Arbeitgeber sich scheuen, Leute dauerhaft einzustellen und nun Leiharbeit und befristete Beschäftigung bevorzugen. Mit der Ausdehnung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung schwinden die Bindekräfte in unserer Gesellschaft. Es entsteht das so genannte Prekariat, also eine Schicht von Leuten, die keinen vernünftigen Job mehr bekommen und sich mit ungewissen Aussichten von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten hangeln müssen. Dänemark macht vor, wie es stattdessen aussehen könnte: Einem nur schwach ausgebauten Kündigungsschutz steht ein hohes Arbeitslosengeld – fast ohne Verluste gegenüber dem letzten Nettoeinkommen für die Dauer von bis zu 208 Wochen gegenüber. Die überraschende Folge: Arbeitslosigkeit ist äußerst selten langanhaltend, die Dänen finden sehr schnell einen neuen Job gleicher Qualifikation, sie erleiden kaum finanzielle Einbußen, müssen nicht ihre Ersparnisse aufbrauchen. Die Rentenversicherungssysteme werden nicht geschwächt. Und die Dänen gelten als weltweit mit ihrem Land zufriedensten Menschen.

Gewinne und Verluste teilen

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass tatsächlich, wie man immer schon vermutete, bei uns die Gewinne privatisiert und die Verluste vergesellschaftet werden. Etwa ein Drittel der Bevölkerung besitzt gar nichts, während das oberste Prozent über ein Viertel des Gesamtvermögens verfügt.

Einem riesigen Geldvermögen von circa 3,5 Billionen Euro stehen in etwa drei Millionen stark verschuldeter Haushalte gegenüber. Mit Geld lässt sich viel leichter Geld verdienen als mit Arbeit. Arme Menschen haben jedoch nichts anderes einzusetzen als ihre Arbeit. Folglich wird die Kluft zwischen arm und reich immer

größer – wenn die Politik nicht eingreift. Spätestens anlässlich der Finanzkrise hätte die Politik Gelegenheit dazu gehabt. Maßnahmen wie die Bankenabgabe bleiben auf kosmetischem Niveau stehen – die Kosten der Krise müssen die Banken nicht annäherungsweise tragen. Die Nutznießer des Finanzsystems, also die Besitzer der großen Geldvermögen, werden nicht herangezogen. Business as usual, nach der Krise ist vor der Krise. Darf das sein?

Grüne Politik muss Konzepte für eine andere Verteilung der Gewinne und Verluste entwickeln, die nicht die Verarmung der unteren, das Abschmelzen der mittleren und die maßlose Bereicherung der oberen Bevölkerungsschichten herbeiführen. Ein Maßnahmenfeld muss das strikte Verbot von unlauteren Finanzprodukten, unseriösen Geschäftsmodellen und die gesetzliche Begrenzung von Erträgen aus Finanzmarktgeschäften sein. Schließlich muss für Banken

eine Maximalgröße vorgeschrieben werden, damit Einrichtungen wie der Bankenrettungsfond insolvente Institute ohne Beteiligung des Staates auffangen können.

Steuern zahlen

Von den Dänen war bereits die Rede. Die Skandinavier zahlen recht hohe Steuern und bekommen viel dafür: vorbildliche staatliche und soziale Einrichtungen, aber wie nebenbei auch ein egalitäres System ohne allzu große Kluft zwischen Vermögenden und Armen, ohne Neidkomplexe und Statusstress. In Deutschland wurde unter Rot-Grün der Spitzensteuersatz zur Einkommensteuer deutlich gesenkt.

1997 wurde die Vermögenssteuer abgeschafft, ebenso wie die Gewerbesteuer. Die damals gewollte Entlastung der höheren Einkommen und Vermögen wurde in den folgenden Jahren des Turbokapitalismus und der hart geführten Verteilungskämpfe im Zei-

chen neoliberaler Denke zum Ärgernis. Immer deutlicher fällt auf, dass die großen Einkommen und vor allem die großen Vermögen finanziell nicht angemessen zu den Staatseinnahmen und den Einnahmen der Sozialversicherungssysteme beitragen.

Schwarz-Gelb hat ein Übriges getan. Steuererleichterungen für ihre Klientels (Stichwort: Hoteliers-Steuer), Einführung der Abgeltungssteuer, die den Steuersatz für Einkommen aus Kapitalerträgen auf 25 Prozent festsetzt und diese Einkommensart damit deutlich besser stellt als Einkommen aus Arbeit. Grüne Politik muss auf die Reformierung des Steuersystems zielen. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer muss (bei Neufestlegung der Progressionsgrenzen) wieder erhöht werden, vor allem aber müssen Steuern und Abgaben auf große Vermögen so gestaltet werden, dass ein weiteres Auseinanderdriften der Einkommens- und Besitzverhältnisse gestoppt wird.

Erfolgreicher Straßenkampf



Am 19. Mai 2010, exakt um 16.52 Uhr, kam der Straßenverkehr stadteinwärts auf der Lange Straße in Baden-Baden zum Erliegen. Viele wütende Autofahrer hupten, doch es bestärkte nur den eisernen Willen der Grünen Jugend gegen Willkür von oben. Zwischen Festspielhaus und Hindenburgplatz wurde der Radweg ersatzlos entfernt. In der Zwischenzeit hat die Stadtverwaltung reagiert und die hässlichen Blumenkübel zugunsten eines sicheren Radweges getauscht. Einen Grund mehr, sich für eine gute Sache einzusetzen. Wer wissen will, was die Grüne Jugend Baden-Baden noch alles in Petto hat, kontaktiert die Vorsitzende Valerie Hug unter: gjbad@yahoo.com

Mami-Taxi anstatt Linienbus

Der ÖPNV soll eigentlich Mobilität gewährleisten und sicher stellen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, er gehört zur modernen Daseinsvorsorge. Genau das Gegenteil passiert gerade im Tarifbereich des KVV. Ganze Buslinien werden eingestellt, Taktzeiten verlängert oder einzelne Busse einer Linie gestrichen. Dies hat zur Folge, dass statt des Busses, das Mama-Taxi aktiviert wird, Menschen ohne PKW ausgegrenzt werden und ganz klar das Umsteigen weg vom Individualverkehr zum ÖPNV so unattraktiv wie möglich gemacht wird. Grund für diese Streichungen ist das System der Mittelverteilung des KVV an die einzelnen Anbieter. Das bedeutet auch, dass die Schiene fünfzig Prozent der Fahrgeldeinnahmen erhält und sich der Rest auf die Busunternehmen verteilt.

Das Land Baden-Württemberg hat 2003 einen großen Verkehrsvertrag mit der DB Regio abgeschlossen, in dem fest-

gelegt wurde, dass für jeden gefahrenen Schienenkilometer Euro 8,25 gezahlt werden muss, das ist ein Euro mehr als in jedem anderen Bundesland. Trotz dieser Vereinbarung hat die Bahn die Tarife im Fernverkehr beibehalten und im Regionalbereich um 3,4 Prozent erhöht. Diese Erhöhung trat am 11.12.2010 auch im KVV-Gebiet in Kraft. Aber sollte es nicht gerade ein vitales Interesse der Bahn geben, sich neue Kundenmärkte zu erobern? Wir müssen weg von der reinen

Bedarfsplanung und hin zur Angebotsplanung. Nur wenn der ÖPNV sicherstellt, dass die Bürgerinnen und Bürger bequem und ohne lange Wartezeiten mit Bus und Bahn ihren täglichen Weg zurücklegen können, nur dann ist der ÖPNV so attraktiv, dass immer mehr Menschen umsteigen. Wieviele Jugendliche und junge Erwachsene sind an den Wochenenden mit dem Auto unterwegs, nur weil es bei uns in der Region keine Spät- und Nachtbusse gibt.

Warten in Bühl

Wer mit dem Zug unterwegs ist und auch die letzten Kilometer von und bis zu seiner Wohnung mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklegen muss, der stellt in der Region Bühl des Öfteren fest, dass die Anschlussverbindungen eine Zumutung sind. Am schlechtesten funktionieren dabei ausgerechnet die Verbindungen, welche mit dem Bus

unter der Woche angeboten werden. Die Wartezeiten mit ALT (Anruf-Linien-Taxi) sind am Wochenende und nachts dagegen ausgesprochen kundenfreundlich. Bei nahezu jeder zweiten Nahverkehrsbahn (RE/IRE, S-Bahn) hat der Fahrgast in der Regel bis zu 55 Minuten Wartezeit beim Umsteigen. Ein echtes Ärgernis!



Louis Haus-Garten-Betreuung

Reinigungsarbeiten
Garten-Landschaftspflege
Hausmeisterdienstleistungen

76532 Baden-Baden · Römerstraße 18
Tel. 07221/17713 · Fax 07221/65834
E-Mail: kontakt@louis-online.net
www.louis-online.net

Endstation der unsozialen Achterbahn



Anita Nielsen (rechts) kommt aus dem Norden und strandete nach schweren familiären Schicksalsschlägen in Baden-Baden. Seit etwa drei Jahren hat sie eine feste Bleibe bei der Caritas in Baden-Oos gefunden. Dort bringt sie sich ein und kümmert sich um die anderen Wohnungslosen. Bea Böhlen besuchte sie Ende Januar und lauschte den Problemen, die sie zahlreich vorbrachte – von Hartz-IV-Regelsatz-Gängeleien und „Berbern“.

So grausam kann das Leben einem mitspielen: Anita Nielsen waren neben ihrem Mann auch noch vierzehn weitere nahestehende Angehörige binnen eines Jahrzehnt verstorben. Sie fühlte sich schuldig, sah keinen Ausweg mehr, verließ ihr Haus und wollte aus dem Leben scheiden. Nach monatelanger zielloser Wanderschaft durch Deutschland landete Nielsen schließlich in Baden-Baden, das sie von früher her kannte.

und fand zunächst Zuflucht im Kloster Lichtental. Dort half ihr Pfarrer Fietz weiter und vermittelte sie an die Caritas. Jetzt ist sie seit drei Jahren bei der Wohnungslosenhilfe hier und organisiert das Tagescafé. Hier können Wohnungslose sich tagsüber aufhalten und Kaffee trinken, reden und Zeitung lesen. Jeder hat das Recht auf Unterbringung, notfalls hilft das Ordnungsamt. Aber es ist schwierig in Baden-Baden ei-

ne Wohnung zu finden. Für 25 Wohnungslose bietet die Caritas in der Baden-Badener Ooser Bahnhofstraße eine Unterkunft für sechs bis 18 Monate. 250 Menschen im Jahr nehmen das in Anspruch.

„Wenn man alles verliert“, erzählt Anita Nielsen, „kommt man ganz schnell nach unten.“ Scheidung, Arbeitslosigkeit, Todesfälle, Kredite, die nicht mehr bedient werden können, sind solche Situationen. Wenn

dann keiner da ist, der einen auffängt, verliert man die Wohnung. Und dann? Berber, das sind die Wohnungslosen, die herumziehen und sogar die Angebote der Wohlfahrtsverbände meiden, teils weil sie sich eingeengt und bevormundet fühlen, teils weil sie sich schämen. Den anderen bietet die Wohnungslosenhilfe der Caritas eine Unterbringung, möchte die Leute von der Straße holen. Die Armut steigt. Von 2001 zu 2010 sind in Baden-Württemberg 2.600 Menschen mehr wohnungslos geworden, insgesamt sind es 10.065 offiziell. Das Problem für die Hartz-IV-Empfänger ist, dass alle über einen Kamm geschoren werden. Dabei wollen die meisten, etwa 80%, arbeiten. Aber es gibt keine Jobs für sie. Die Ein-Euro-Jobs werden abgebaut, dabei haben diese den „Hartzern“ eine Linie vorgegeben, haben den Tag strukturiert. Es wird immer nach hochqualifizierten Arbeitskräften gesucht und gefragt. Es gibt auch noch Nicht-hoch-Qualifizierte, die es nicht auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Es fehlt der zweite öffentlich geförderte Arbeitsmarkt mit einfachen Tätigkeiten, um diesen Menschen eine Perspektive und sinnvolle Arbeit zu bieten. Die Wohlfahrtsverbände fordern von der Landesregierung einen jährlichen Armuts- und Reichtumsbericht, der die Lage darstellt, wie sie ist. Woh-

nungslose werden von den Kommunen unterstützt, die damit oft überfordert sind. Je abweisender ihr Angebot, je würdeloser und schäbiger, um die Angebote der Wohlfahrtsverbände meiden, teils weil sie sich eingeengt und bevormundet fühlen, teils weil sie sich schämen. Den anderen bietet die Wohnungslosenhilfe der Caritas eine Unterbringung, möchte die Leute von der Straße holen. Die Armut steigt. Von 2001 zu 2010 sind in Baden-Württemberg 2.600 Menschen mehr wohnungslos geworden, insgesamt sind es 10.065 offiziell. Das Problem für die Hartz-IV-Empfänger ist, dass alle über einen Kamm geschoren werden. Dabei wollen die meisten, etwa 80%, arbeiten. Aber es gibt keine Jobs für sie. Die Ein-Euro-Jobs werden abgebaut, dabei haben diese den „Hartzern“ eine Linie vorgegeben, haben den Tag strukturiert. Es wird immer nach hochqualifizierten Arbeitskräften gesucht und gefragt. Es gibt auch noch Nicht-hoch-Qualifizierte, die es nicht auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Es fehlt der zweite öffentlich geförderte Arbeitsmarkt mit einfachen Tätigkeiten, um diesen Menschen eine Perspektive und sinnvolle Arbeit zu bieten. Die Wohlfahrtsverbände fordern von der Landesregierung einen jährlichen Armuts- und Reichtumsbericht, der die Lage darstellt, wie sie ist. Woh-

nzureichen? Es gibt viel Bürokratie bei der „Obdachlosen-rechtlichen Unterbringung“, wie es offiziell heißt. Anita Nielsen hat jetzt eine Betroffenen-Initiative gegründet. Sie möchte, dass alle Wohnungslosen ein günstigeres Monats-Ticket für den KVV bekommen: Euro 11,49, die Hartz-IV für Fahrkarten für Bus und Bahn im Monat vorsieht, reichen hinten und vorne nicht, um beispielsweise zur Tafel nach Lichtental zu fahren. Dann wird schwarz gefahren, es gibt Ärger mit den Kontrolleuren, und Medikamenten müssen sie erst mal selber bezahlen. Aber welcher „Berber“ sammelt seine Belege, um sie am Jahresende

Aufschlüsselung des Regelsatzes nach dem Warenkorbprinzip aus der EVS (Verbrauchsstichprobe)

Nr.	EVS-Abteilung und Einzelposten	Euro
1/2	Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	132,48
3	Bekleidung und Schuhe, darunter unter anderem Bekleidung	35,63
	Schuhe	21,42
		7,64
4	Wohnen, Energie und Instandhaltung	26,84
5	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, darunter:	25,65
	Kühlschränke, Gefrierschränke und Truhen	1,44
	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspüler und Bügelmaschinen	1,59
6	Gesundheitspflege	13,16
7	Verkehr, darunter:	16,06
	Kauf von Fahrrädern	0,70
	Fahrkarten von Bus und Bahn (Öffentlicher Personennahverkehr, ohne Reisen)	11,49
8	Nachrichtenübermittlungen, darunter:	31,48
	Telefon, Fax	24,16
	Internet, Onlinedienste	3,24
9	Freizeit, Unterhaltung, Kultur, darunter:	40,84
	Spielwaren und Hobbys	1,32
	Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen bzw. Einrichtungen	6,52
	Bücher und Broschüren	5,69
	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.ä.)	2,83
10	Bildung	0,00
11	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	8,50
12	Andere Waren u. Dienstleistungen, darunter u.a. Gebrauchsgüter für die Körperpflege u.a. Haarpflege, Rasiermittel, Toilettenpapier u.ä.	27,86
		3,16
		6,31
	Summe gerundet	359,00

Blockade aufheben

Wir Grüne wollen das Landesplanungsgesetz ändern: Statt nur Vorrang- und Ausschlussgebiete für Windkraft wollen wir wie in den meisten anderen Ländern auch Vorbehaltsgebiete grundsätzlich vorsehen. Das Land soll als oberste Landesplanungsbehörde die Regionalpläne für unzulässig erklären, die nur wenige und vor allem

nicht windhöfliche Gebiete als Vorranggebiete für Windkraft ausweisen. Wir wollen das Re-powering, das Ersetzen alter Anlagen durch leistungsfähige neue Anlagen am selben Standort, erleichtern. All dies kostet den Staat keinen einzigen Euro, sondern macht Investitionen in Baden-Württemberg möglich!

Die CDU hat zusammen mit der FDP die Neuregelung der Hartz-IV-Sätze beschlossen. Abweichend vom früheren Vorgehen bezieht die Bundesregierung nun plötzlich nur noch die unteren fünfzehn Prozent und nicht mehr die unteren zwanzig Prozent der nach Einkommen geschichteten Haushalte als Maßstab heran.

Sozialkürzungen

Das verringert letztlich die Höhe des Regelsatzes. Zudem macht die Regierung massiv Stimmung gegen Hartz-IV-Empfänger und pflegt eine Subkultur des Misstrauens und des Bestrafens. Die Landesregierung Mappus schwimmt auf dieser Welle mit, wie auch die Debatte über die Kosten für die Unterkunft zeigt.

Frauen-Quote

Bundesweit verdienen Frauen bei gleicher Qualifikation 23 Prozent weniger als Männer. In Baden-Württemberg liegt die Diskrepanz sogar bei 28,5 Prozent. Im ländlichen Raum – und damit in vielen Teilen Baden-Württembergs – fallen die Lohnunterschiede im Vergleich zu den Städten zusätzlich bis zu 10 Prozent höher aus. Für alle gilt: Je höher die Gehaltsstufe, desto größer der Unterschied. So waren in Baden-Württemberg im Jahr 2007 annähernd 189.000 Männer, jedoch nur rund 52.000 Frauen in Führungspositionen. Gemessen am Frauenanteil bei den Erwerbstätigen von 45 Prozent insgesamt sind „Chefinnen“ mit knapp 22 Prozent nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Auch bei den landeseigenen Unternehmen herrscht erheblicher Nachholbedarf: In deren Aufsichtsräten waren Ende 2007 nur vier von 42 Posten mit Frauen besetzt. Innerhalb der Landesregierung gibt es derzeit drei Ministerinnen von elf, eine Staatssekretärin von sechs und auf ministerialer Ebene findet sich gerade mal eine Ministerialdirektorin als Amtsleiterin. Beim Frauenanteil an den Landtagsmandaten ist Baden-Württemberg im Bundesvergleich das Schlusslicht, bei den Promotionen nimmt es mit knapp 40 Prozent den zweitletzten, bei den Habilitationen mit knapp 21 Prozent den viertletzten Rang ein, bei Hochschulprofessuren lag der Frauenanteil 2007 unter 15 Prozent. Das alles zeigt: Baden-Württemberg schneidet in Sachen Chancengleichheit von Frauen miserabel ab. Dennoch tut die schwarz-gelbe Landesregierung nichts, um diesen Missstand zu beheben.



Mit uns sichern Sie richtig!

WKR Weber-Kremer
Sicherheit

Alarm- und Videoüberwachungstechnik
Objektsicherung
Bewachung

Hofrebenweg 40 • 76547 Sinzheim
07221 / 80 35 9-25
info@weber-kremer.de
www.weber-kremer.de



Bea Böhlen, Baden-Baden, 44, selbständige Kauffrau Ihre Kandidatin für den Wahlkreis 33 • Baden-Baden/Bühl



Immer auf Augenhöhe mit den Leuten: Bea Böhlen ist seit Jahresbeginn Inhaberin des Kiosks am Baden-Badener Leopoldsplatz. Hier hört und sieht sie, was den Bürger bedrückt oder was ihn an „denen da oben“ stört, wenn sie Zeitungen oder Zeitschriften verkauft oder Lottoscheine entgegen nimmt. Rudi, ihr Bearded Collie, sorgt dafür, dass die zweifache Mutter in ihrer Freizeit viel an die frische Luft kommt.

Über meinen täglichen Broterwerb: Michel, ein sehr netter Mann. Er hat immer die Am 1. Januar 2011 übergaben mir meine Eltern Süddeutsche, die Münchner Abendzeitung und Doris und Wilfried „Dudu“ Schulmeister den die BILD-Zeitung gekauft. Auch Marcel Reich-Kiosk am Leopoldsplatz – eine Baden-Badener Ranicki kommt immer wieder bei uns vorbei, wenn er in Baden-Baden weilt. Roberto Blanco kam mal vorbei und rief so laut, dass die Leute stehen blieben: „Wo ist die Mama, wo ist die win. 1940 nahmen die Nazis ihm den Kiosk weg, Mama! Ich habe im Lotto gewonnen!“ Er umarmte weil er SPD-Mitglied war. Aber August Zeller meine Mutter herzlich und freute sich diebisch. war schon immer klug und besorgte sich einen In meiner Freizeit ist mir meine Familie wichtig: Bauchladen und er verkaufte als ambulanter Mein Mann Peter, mein Sohn Luca und meine Händler Zeitungen und Zigarren – mit Erfolg, Tochter Janis. Mit unserem Bearded Collie gehe denn die Leute wollten beim Original einkaufen. ich oft spazieren oder auch wandern. Ich lese viel Kurz vor Kriegsende wurde er noch im Lager Malschbach inhaftiert, weil er Feindsender hörte. Die Familie Zeller bekam in der Nachkriegszeit den Kiosk wieder zurück. 1977 übernahm ihn meine Mutter. Seit dieser Zeit half ich auch beim Verkaufen mit – nachmittags nach der Schule, am Wochenende oder in den Schulferien. Nach absolvierter Fachhochschulreife studierte ich an der katholischen FH in Freiburg/ Breisgau den Studiengang „Sozialarbeit“. Mit der Geburt meiner Tochter Janis beendete ich dieses Studium. Seither stehe ich am Leo im Kiosk und verkaufe Zeitungen, Zeitschriften und Lotterielose. Meinen Opa fragte ich einmal, warum er, dem Nazis den Kiosk weg genommen haben, die Nationalzeitung der NPD verkauft? Da hat er gesagt: „Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, wo Zeitungen verboten wurden. Deswegen zensiere ich nicht. Ich mag die Zeitung überhaupt nicht, aber wer sie möchte, kann sie bei mir kaufen“. Gründungsmitglied. Meine Themen im Wahlkampf sind: Kommunal Finanzen, Sozialpolitik sowie Kinder- und Jugendpolitik.

Mein spezieller Tipp von der „Kräuterhexe“:

Reiben Sie einen Meerrettich in zwei saubere Tücher. Diese legen Sie auf Ihre Fußsohlen und ziehen warme Socken darüber. Legen Sie eine halbe Stunde Ihre Füße hoch und schon geht es Ihnen besser und die Erkältung klingt ab.

und spiele gerne einen gepflegten Skat. Kräuter, insbesondere aus meinem eigenen Kräutergarten, interessieren mich brennend denn sie sind eine echte Alternative zur Schulmedizin.

Über meine politische Tätigkeiten in Baden-Baden: Ich bin seit sechzehn Jahren Mitglied bei den Grünen. 2004 wurde ich als Stadträtin in den Gemeinderat der Stadt Baden-Baden gewählt, seit 2007 bin ich Vorsitzende der Bündnisgrünen Fraktion. Auf die Kommunalwahlen 2009 bin ich stolz, denn wir Grünen wurden zweitstärkste politische Kraft in Baden-Baden. Im Haupt-, im Bau- und im Jugendhilfe-Ausschuss bin ich festes Mitglied, des weiteren vertrete ich die Grünen im Ältestenrates und in der Spieplatz-Kommission. Bei der Bürgerinitiative Bertholdbad, bei „Maxi & Moritz“, einem Tagesmütterverein und beim Förderverein Jugendbegegnungsstätte war ich Gründungsmitglied. Meine Themen im Wahlkampf sind: Kommunal Finanzen, Sozialpolitik sowie Kinder- und Jugendpolitik.

Die Aussaat von Mais erfordert Genauigkeit. In Abständen von etwa zwanzig Zentimetern muss jeweils ein Saatkorn zehn bis fünfzehn Zentimeter tief in die Erde gesetzt werden. Die von den Bauern verwendeten Sämaschinen saugen die Körner aus Behältern und schießen sie in den Acker. Die dafür benötigte Druckluft entweicht über ein Rohr, das die vergiftete

Abluft ins Freie pustet – damit nehmen es Menschen und Tiere auf. Die staatlichen Landwirtschaftsämter in Baden-Württemberg empfahlen den Bauern ein neues Insektizid, das bekanntermaßen bienengefährlich und im benachbarten Frankreich verboten ist. Bei der Maisaussaat im April bis Mai 2008 starben 10.000 Bienen über ein Rohr, das die vergiftete

Hautflügler und Spinnen. Die Natur hat sich bis heute noch nicht von der Ausbringung des Giftes erholt. Wildbienen sind seit dem Bienensterben 2008 nur noch sehr selten in Wald und Flur zu finden. Die Menschen, die auf dem Land leben, atmen diese Gifte jedes Frühjahr ebenfalls ein. Lästige Atemwegserkrankungen und Allergien sind die Folge.

Armut: Jedes achte Kind bedroht

Nach einer Erhebung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe leben derzeit im Südwesten zurzeit 150.000 Kinder von Sozialhilfe. Das entspricht einer Steigerung von 12,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Baden-Württemberg ist somit das Bundesland mit dem stärksten Zuwachs an armen Kindern. Wir Grünen fordern: Auch ärmere Kinder müssen in Baden-Württemberg ein warmes Mittagessen bekommen. Es gibt Fälle, in denen Schüler aus Ganztageschulen abgemeldet wurden, weil sich die Eltern das Essensgeld nicht leisten können. Wir

Grüne haben daher folgende Initiativen eingebracht:
1.) Einen Sozialfond in Höhe von sechs Millionen Euro jährlich für die Laufzeit von zwei Jahren einzurichten, mit dem das Land Zuschüsse zur warmen Mahlzeit an Ganztageseinrichtungen für Kinder gewährt, deren Eltern Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen oder Asylbewerber sind.
2.) Die Zuschüsse an die Kommunen entsprechend der Zahl der bedürftigen Kinder in Ganztageschulen oder Kitas nach folgendem Schlüssel zu gewähren: Nach Abzug von einem Euro Eigenanteil der

Eltern bezahlt das Land 2/3 und die Kommune 1/3 der Kosten für die warme Mahlzeit an der Ganztageseinrichtung.
3.) Im Bundesrat eine Initiative zur Erhöhung der Leistungen für Kinder nach dem SGB II einzubringen, die ihren tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen. Die Landesregierung hat all dies abgelehnt.

Da fehlt doch was

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch soll von heute fünfzehn Prozent auf nur zwanzig Prozent steigen. Hingegen hat die Bundesregierung einen Zielwert für Deutschland von 38 Prozent bei der EU angemeldet. Beim Wind will Schwarz-Gelb bis 2020 lediglich 1,7 Prozent erreichen. Selbst bei kleinsten Lockerungen der Windkraft-Blockade stellt sich die CDU quer. Dabei gilt: Ohne Windkraftausbau keine Erneuerbare Zukunft. Die Windkraft ist die dynamischste und günstigste erneuerbare Stromquelle: Die Vergütung für neue Anlagen an Land beträgt aktuell neun Cent pro Kilowattstunde, die nach fünf Jahren auf fünf Cent abgesenkt wird. Zum Vergleich: Neue Photovoltaik-Dachanlagen bekommen je nach Größe etwa Cent 30 pro Kilowattstunde.

Öko? Nein, Danke...

Baden-Württemberg hat Umstellungsinteressierten und Biobetrieben, die Ihre Flächen ausdehnen wollen, letztmalig am 1. Januar diesen Jahres die Chance gegeben, in die Förderung einzusteigen. Damit hatte Landwirtschaftsminister Rudolf Köberle den angekündigten Förderstopp für Neuumsteller in den Biolandbau nach hinten verschoben. Als lapidare Begründung führt die Regierung an, der Finanzbedarf für das Agrarumweltprogramm MEKA sei aufgrund der guten Nachfrage im Jahr 2010 deutlich höher als erwartet. Der Förderstopp wird den Bio-

landbau im Südwesten wieder stark ausbremsen. „Ein Förderstopp bis 2013 wäre fatal. Baden-Württemberg sollte den hiesigen Landwirten die Umstellung weiter ermöglichen, nicht versperren“, kritisieren die Öko-Anbauverbände in Baden-Württemberg. Bereits in der vorigen Förderperiode hatte Baden-Württemberg die Umstellungsförderung für drei Jahre – von 2004 bis 2006 – eingestellt. Dies erwies sich im Nachhinein als Fehler, da die guten Wachstumsraten am deutschen Biomarkt verstärkt über Importware gedeckt wurden. (Quelle: Bioland 1/2011)

Im Gespräch mit Tony Marshall



Er ist der personifizierte Gute-Laune-Mensch. Kommt in die Gaststätte und sein Charisma ist sofort spürbar. Doch Tony Marshall hat auch eine andere Seite. Er wird nachdenklich, wenn man mit ihm über Werte und Alltagsprobleme redet. Seine Miene nimmt ernste Züge an, wenn er über seine Tochter und die Tony-Marshall-Stiftung spricht. Da wird aus dem Sänger ein besorgter Familienvater. Zur „Schönen Maid“ gab er die Entstehungsgeschichte zum Besten. Wie er vom Produzenten damals übertölpelt wurde. Damals kam er mit reichlich Chianti in das Berliner Tonstudio, dachte, er trällert das Liedlein und Jack White würde ihn hochkant aus dem Studio werfen. Doch weit gefehlt. Der Rest ist bekannt. Bei Bea Böhlen kommt er oft vorbei, kauft sich Zeitungen, Zeitschriften oder Zigarren und unterhält sich gerne mit ihr, sofern beiden die Zeit dazu bleibt. Er fände es durchaus spannend, wenn die „Kioskfee“ in den Landtag nach Stuttgart einzöge, denn er meint, die Zeit wäre reif dafür.

Manuel Hummel

Manuel Hummel, Rastatt, 45, Diplom-Agrar Biologe
Ihr Kandidat für den Wahlkreis 32 • Rastatt



Manuel Hummel, unser Kandidat im Wahlkreis 32, ist als diplomierter Agrar-Biologe selbständiger Kontrolleur im ökologischen Landbau tätig. Der Vater eines zwölfjährigen Sohnes ist verwitwet und hat die Position des Fraktionsvorsitzenden in der Regionalversammlung inne. Seine Freizeit gestaltet er mit Kochen, Reisen, Laufen und Radfahren.

Am 27. März wählen Sie einen neuen Landtag für Baden-Württemberg. Wie immer betonen alle Parteien, wie wichtig gerade diese Wahl für die Zukunft unseres Landes sei. Dennoch ist in diesem Wahlkampf alles anders als sonst: zum ersten Mal besteht eine realistische Chance, die CDU als Regierungspartei abzuwählen. Und zum ersten Mal überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik könnten Bündnis 90/Die Grünen den Ministerpräsidenten stellen.

2011 wird Grün. Wer Grün wählt, wählt ein gerechteres Bildungssystem. Auch im Landkreis Rastatt wird die Zahl junger Menschen in den kommenden Jahren drastisch zurückgehen. Wir brauchen deshalb die Talente aller, um unsere Zukunft erfolgreich gestalten zu können. Jedes Kind muss optimal gefördert werden! Beim Angebot an Ganztagschulen rangiert der Landkreis Rastatt landesweit an vorletzter Stelle; das Land muss endlich wieder Verantwortung in der Schulsozialarbeit übernehmen; unsere Schulen sollen sich der Situation vor Ort anpassen dürfen und längeres gemeinsames Lernen erproben können. Wir sorgen dafür, dass die Schule im Dorf bleibt und das Schulsterben vor allem im ländlichen Raum endet. Wir wollen die unsozialen Studiengebühren abschaffen und die Lehre an den Hochschulen gezielt fördern.

Wer Grün wählt, wählt Gerechtigkeit. Auch in Baden-Württemberg macht sich das Gefühl breit, dass es nicht mehr gerecht zugeht. Die Spaltung zwischen Arm und Reich vertieft sich. Die Mittelschicht schrumpft, andere drohen vollständig den Zugang zur Gesellschaft zu verlieren, wie man am wachsenden Zuspruch der Tafelläden sehen kann. Wir haben die Gesellschaft als Ganzes im Blick, bekämpfen aktiv Armut, Gewalt und soziale Ausgrenzung und stärken benachteiligte Menschen.

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wirft Baden-Württemberg wirtschaftlich zurück, statt das Land zum Vorreiter in Sachen

Klimaschutz zu machen. In der Region Mittlerer Oberrhein hat die CDU den Ausbau der Windenergie vollständig abgewürgt. Dabei sind die Konzepte und Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien hier zu Hause und unser großes Potenzial. Die Technologieregion Karlsruhe soll Spitzenreiter bei der klimaneutralen Energieerzeugung werden und dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft wirtschaftlich gut dastehen. Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen, unserer Wirtschaft, dem Mittelstand und dem Handwerk gute Chancen bieten und Ressourcen und Umwelt schonen.

Wir wollen jedoch keine Landespolitik, die von oben nach unten durchregiert. Landkreise und Kommunen dürfen nicht durch immer neue Aufgaben belastet werden, für die keine Finanzierung sichergestellt ist. Schulträger sollen zusammen mit Eltern, Lehrern und Schülern künftig selbst entscheiden dürfen, wie sich Schulen weiterentwickeln sollen. Vor allem aber sollen die Menschen nicht nur an den Wahlsonntagen, sondern auch zwischendurch mitentscheiden, wie es mit unserem Land weiter geht. Wer mich wählt, gibt mir und meiner Partei also keine Blankovollmacht, sondern wird auch in Zukunft die Möglichkeit haben, korrigierend in die Politik einzugreifen.

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt – diese Einsicht bestimmt die Politik der Grünen seit drei Jahrzehnten. Ich selbst bin seit 1984 bei den Grünen aktiv, wurde 1990 erstmals in einen Gemeinderat gewählt, und bin mittlerweile Vorsitzender unserer Fraktion in der Regionalversammlung und Kreisrat. Gemeinsam mit Ihnen will ich ein neues, ökologisches, solidarisches, gerechtes und weltoffenes Baden-Württemberg möglich machen. Mit unseren Ideen und Ihrer Unterstützung gelingt uns das!

Die Lüge vom billigen Atomstrom

„Billiger Atomstrom“ – stimmt das wirklich? Oder was ist dran, dass Atomstrom doch subventioniert wird? Ja, es ist was dran – und zwar ganz viel. Im Auftrag von Greenpeace belegt eine Studie des Forums „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ zweifelsfrei, dass die Kraftwerksbetreiber im Zeitraum von 1950 bis 2008 mit Milliarden-Beträgen subventioniert wurden – und weiterhin subventioniert werden. Es handelt sich dabei um Finanzhilfen vom Bund und den Ländern in Höhe von Euro 60,8 Milliarden.

Das sind:
– Bürgschaften für ausländische Projekte, Stilllegung der ostdeutschen Atomkraftwerke, Sanierung des ehemaligen sowjetischen Uranerzbergbaus in Thüringen und Sachsen, Sanierung und Schließung der Endlager Morsleben und Asse, Standortsuche für Gorleben und Schacht Konrad etc.)

– Steuervergünstigungen in Höhe von Euro 64,8 und zwar in Form von Ertragssteuermininderungen bei Rückstellungen und Steuervergünstigungen bei der Energiebesteuerung

– Förderwerte durch staatliche Regelungen in Höhe von Euro 39,1 Mrd. (Strompreiserhöhung durch Emissionshandel sowie mangelnder Wettbewerb).

In der Summe macht das zusammen Euro 164,7 Mrd. (Angaben von 2008, die tatsächlichen Kosten darf man in jedem Fall höher vermuten) und entsprechen einem Förderwert

von 3,9 Cent/Kilowattstunde, d.h. einer Erhöhung des Verbrauchspreises von etwa einem Viertel! Um diesen Wert müssen Sie als Atom-Stromkunde den Verbrauchspreis in Ihrer jährlichen Stromabrechnung erhöhen, denn Sie bezahlen ihn über Ihre Steuern, sprich mit Ihrem Geld! Wo bleibt da billig? Aber das ist noch nicht alles. Jeder Produktionsbetrieb haftet für Unfälle, das gilt auch für die deutschen KKW-Betreiber. Sie müssen per Gesetz eine Deckungsvorsorge für Unfälle von 2,5 Mrd. Euro nachweisen. Die Schätzungen für etwaige Folgeschäden eines Kernkraftschmelzunfalls à la Tschernobyl in Deutschland variieren aber von Euro 500,00 Mrd. bis Euro 5.000,00 Mrd., d.h. das Risiko eines GAU ist schlicht völlig unterversichert. Bei einer Deckungssumme von Euro 500 Mrd. würde sich ei-

ne zusätzliche Verteuerung von 16,3 Ct/Kilowattstunde ergeben, und damit wäre Atomstrom unbezahlbar. Keine einzige Versicherung weltweit ist übrigens bereit, ein solch gigantisches Risiko zu versichern, obwohl sich die KKW-Betreiber ständig mit der angeblichen Sicherheit ihrer KKW brüsten. Insofern ist es mehr als perfide, wenn die KKW-Betreiber durch die fehlende marktübliche Haftpflichtversicherung extrem begünstigt werden. Die Frage: die KKW-Betreiber prahlen doch mit ihren Riesengewinnen – warum müssen wir, die Steuerzahler, sie dann subventionieren? Wie lange wollen wir uns noch mit der Mär vom billigen Atomstrom belügen und betrogen lassen? Dagegen hilft nur eines: den Stromanbieter wechseln. Gegen einen, der sauberen Strom produziert, – und davon gibt's einige.

Atomkraft statt Wende

Mit dem Ausstieg der EdF aus der EnBW steht das Land vor dem Scherbenhaufen einer gescheiterten CDU-Energiepolitik der letzten zehn Jahre. Der französische Energieriese EdF war der falsche Partner. Die EnBW hat sehr viel Zeit verloren, um sich für eine nachhaltige Energieversorgung aufzustellen. In ihrer Stromerzeugung ist die EnBW mit einem Anteil der Atomkraft von 57 Prozent einseitig aufgestellt als jeder

andere große Energieversorger (Quelle: Geschäftsjahr 2009). Der Einstieg in den Gasmarkt über die oldenburgische EWE an der Leipziger VNG ist nicht gelungen. Die Regierung Mappus hat das einseitige Warten der EnBW und der EdF auf eine politische Verlängerung der Atomlaufzeiten in Deutschland, das einen Umbau des Unternehmens hin zu nachhaltiger Energieerzeugung blockiert hat, weiter befördert.

WIR LEBEN DIE NATUR!

- Bioland Backwaren
- Fair gehandelter Kaffee
- Ökostrom
- Gasfahrzeuge



Bei Vorlage dieser Anzeige erhalten Sie einen knusprig-ofenfrischen Spitzweck gratis, hergestellt mit Ökostrom, in einer unserer Filialen.

NATÜRLICH - NUR GUTES!



Volle Notbremsung für Stuttgart 21

Quelle: „Der Freitag“ vom 3.10.2010 · Mit freundlicher Genehmigung des Autors Franz Alt



Franz Alt aus Baden-Baden leitete und moderierte u. a. das Magazin „Report Baden-Baden“. Der engagierte Grimme-Preisträger schreibt regelmäßig zeitkritische Gastkommentare und Hintergrundberichte. Er betreibt auch die ausgezeichnete Webseite www.sonnenseite.com

Seit 1995 hat die Deutsche Bahn 18% aller Weichen und Kreuzungen abgebaut und 44% aller Gleise stillgelegt. Das führte dazu, dass heute weniger Züge fahren als noch vor 15 Jahren. Bei Bauarbeiten müssen auch deshalb Baumaschinen über große Strecken ausweichen, um einem ICE die Strecke frei zu machen. So braucht ein Zug von Stuttgart nach München heute zwei Stunden und zwanzig Minuten, aber 1995 waren es zwei Stunden und eine Minute.

Weichen, Kreuzungen, Gleise wurden abgebaut und über tausend Bahnhöfe stillgelegt, um Instandhaltungskosten zu

sparen. So sollte die Bahn auf den Börsengang vorbereitet werden. Diesem Ziel wurde alles untergeordnet: Der Name Hartmut Mehdorn wird immer mit dieser fatalen Geschäftspolitik verbunden sein.

Der ehemalige Bahnmanager Professor Karl-Dietrich Bodack bringt die Milchmädchenrechnung der Bahnmanager auf den Punkt: „Wenn man bedenkt, dass der Bund für eine Minute Fahrzeiteinsparung mindestens 100 Millionen Euro investiert, bei Stuttgart 21 sogar 250 Millionen um eine Minute schneller zu fahren, dann muss sich die Deutsche Bahn schon fragen lassen, wa-

rum die Fahrzeit heute auf vielen Strecken länger ist als früher.“

Die Bahn fährt seit Jahrzehnten auf dem falschen Gleis. Fast 90% aller Investitionen wurden in den Fernverkehr getätigt, obwohl dort nur 10% aller Bahnkunden unterwegs sind. Nur zehn Prozent allen Geldes wurde in den Nah- und Regionalverkehr gesteckt, obwohl dort 90% der Bahnfahrer zu finden sind. Die Frage, die heute fast täglich Zehntausende auf die Straßen von Stuttgart treibt, heißt: Wer zahlt die Zeche? Eigentlich müssten nicht nur die Menschen in Stuttgart demonstrieren, sondern überall in Deutschland, denn was in Stuttgart an Größenwahn investiert werden soll, fehlt anderswo. Und das ist überall. Stuttgart 21 wird insgesamt über sechs Milliarden Euro kosten, aber der Bund gibt bis 2020 insgesamt nur elf Milliarden an Bahninvestitionen in ganz Deutschland aus.

Die Rheintalstrecke beispielsweise ist ein Nadelöhr für den gesamten europäischen Güterverkehr. Hier stehen dem Güterverkehr nur zwei Schienen zur Verfügung, obwohl schon vor zwanzig Jahren erkannt wurde, dass vier Spuren nötig sind. An der Trasse „Rotterdam bis Genua“ oder „Ruhrgebiet bis Mailand“ sitzt Europas moderne Industrie – doch die Bahn fährt hier noch wie im 19. Jahrhundert. Hier fließen die großen Güterströme auf den

Autobahnen, obwohl Politiker aller Parteien seit Jahrzehnten fordern und versprechen, dass der Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlegt werden soll. Für Großprojekte, die für den Massentransport wenig bringen, will die Bahn weiterhin riesige Summen ausgeben, und für den viel wichtigeren und umfangreicheren Nah- und Regionalverkehr oder auch für den Güterverkehr fehlt das Geld.

Bahnchef Rüdiger Grube hält nach wie vor an seinem Prestigeprojekt fest und sieht in Stuttgart 21 eine „einmalige Chance“ für den Verkehr zwischen „Paris und Bratislava“.

Nur: Wer fährt wie oft von Paris nach Bratislava? Millionen benötigen jedoch täglich eine rasche Verbindung über etwa 15 bis 30 Kilometer von zuhause ins Büro. Der Verkehrsplaner Professor Heiner Monheim beklagt, dass seit zwanzig Jahren die für eine moderne Verkehrsplanung entscheidende Verknüpfung von Fernverkehr, Regionalverkehr und Nahverkehr immer nur schlechter wird. Stuttgart 21,

so Monheim, würde für fünfzig Jahre den Fortschritt im sonstigen Bahnsystem blockieren. „Anderswo verlottern die Bahnhöfe, verrotten die Gleise, sind Rostlauben unterwegs. Mit der Investitionsmonopolisierung schädigt Stuttgart 21 das System Bahn anstatt es zu verbessern.“

Alleine in Baden-Württemberg kommen über einhundert längst geplante Bahnprojekte nicht in Gang, weil wegen des Prestigeprojekts in Stuttgart anderswo das notwendige Geld fehlt. Stuttgart könnte von Frankfurt 21 oder von München 21 lernen.

In beiden Städten gibt es Kopfbahnhöfe wie in Stuttgart – und in beiden Städten waren ebenfalls durchgehende Tiefbahnprojekte geplant. Doch die Verantwortlichen haben kostengünstigere Verbesserungen im Detail vorgezogen und viel Geld für andere Projekte gespart. Wichtige Einzelmaßnahmen, welche die Bahn insgesamt pünktlicher werden lassen, sind besser als ein gigantisches Großprojekt. Die Schweizer Bahn hätte

schon immer ein Vorbild für die DB sein können. In der Schweiz ist die Flächenbahn – trotz widriger geografischer Verhältnisse – wesentlich besser ausgebaut als in Deutschland und sie ist pünktlicher. Bei unseren südlichen Nachbarn wäre der jetzt und hier geforderte Volksentscheid längst durchgeführt und über Alternativen beraten worden. Aber für Stuttgart 21 wurde beides nie ernsthaft erwogen.

Die Politiker werden, wenn sie wieder gewählt werden wollen, auch in Deutschland lernen müssen, dass die Bürger mehr sind als Stimmvieh.

Eine moderne Bahnpolitik wird nicht durch wenige Prestigeprojekte verwirklicht, sondern hauptsächlich mit einer intelligenten und umfangreichen Vernetzung und Vernetzung des Fernverkehrs mit dem Regionalverkehr. Was unnötig, teuer, kompliziert und vom Scheitern bedroht ist, muss jetzt auf den Prüfstand. Manchmal hilft nur eine Notbremsung. Diese ist jetzt in Stuttgart erforderlich.

Grüne Jugend: Clever und aktiv



Die Grüne Jugend Baden-Baden setzt sich aus neun aktiven Mitgliedern und weiteren zahlreichen Sympathisanten zusammen, die uns bei unseren Aktionen das ganze Jahr unterstützen. Da wir uns über tatkräftige, interessierte junge Leute, die bei uns mitmachen möchten, immer sehr freuen, möchten wir uns hier kurz vorstellen und von unserer Arbeit, unseren

Demos, Flashmobs und Ausflügen erzählen. Vielleicht wird ja beim ein oder anderen das politische Interesse angeregt. Für großes Aufsehen sorgte unser Flashmob im September 2009 in der Baden-Badener Innenstadt unter dem Motto „Klimapolitik im Dornröschenschlaf“. Mit ungefähr fünfzig Aktivisten legten wir uns spontan für einige Minuten mitten auf den Leopoldsplatz und versuchten so, einer verwunderten Bevölkerung auf die allseits bestehende Ignoranz und das fehlende Interesse am Klimaschutz aufmerksam zu machen. Unvergessen wird wohl unsere Mahnwache auf dem Augustaplatz anlässlich der Medienpreisverleihung in

Baden-Baden an Bundeskanzlerin Angela Merkel letzten Februar bleiben. Unter dem Motto „Nach euch die Sintflut“ demonstrieren wir mit Schlauchbooten, Schwimmwesten und Taucherbrillen für eine verantwortungsbewußtere

und zukunftsorientiertere Klimapolitik, um die bevorstehende Klimaerwärmung zu verzögern und damit Tiere und Menschen, vor allem in den nördlichen Regionen, zu schützen.

Vom Winde verweht

Zum bundesweiten Ausbau der Erneuerbaren Energie am Strom seit 1998 steuert die Windkraft über die Hälfte bei. Der Anteil der Windkraft am Stromverbrauch in Deutschland hat sich verneunfacht – und das bisher fast nur mit Ausbau an Land. Dieser Boom geht an Baden-Württemberg vorbei: Gerade 0,7 Prozent ist in unserem Land der Windanteil am Stromverbrauch. Neben an landschaftlich ähnlichen Rheinland-Pfalz sind es 6,7 Prozent (Quelle: DEWI). 2009 wurden in Deutschland 952 neue Windkraftanlagen errichtet. Bei uns waren es gerade mal 16, also 1,7 Prozent der bundesweiten Anlagen. Das erste Halbjahr 2010 war noch schlechter: Bundesweit 332

neue Anlagen (330 an Land), bei uns drei, also neun Promille der bundesweiten Anlagen. Dabei ist Baden-Württemberg für die Windkraft absolut geeignet: Auf den Höhenzügen der Schwäbischer Alb und des Schwarzwaldes herrschen Windstärken wie an der deutschen Küste. Neue Anlagen können ohnehin auch an mitteltagen Windstandorten wirtschaftlich betrieben werden. Zudem gilt: Die Windkraft bietet für ein Land des Maschinenbaus große wirtschaftliche Chancen. Schon Erwin Teufel hatte sich die Verhinderung der Windkraft in Baden-Württemberg zum Ziel gesetzt und die CDU nebst Verwaltungen damit geprägt – bis tief in die jetzige Landesregierung hinein.

CIVIL COURAGE

Stiftung zur Förderung der Civil-Courage

1. DER WORKSHOP //

Wer CivilCourage zeigen will, muss sich auf sich verlassen können. Der Workshop mit Bärbel Rademacher vermittelt Lehrern und Schülern (Tandem) grundlegende Prinzipien einer konstruktiven Gesprächsführung in schwierigen Alltagssituationen in der Schule:

Termin: 16. April 2011 in Stuttgart, 10 bis 16 Uhr.

Fordern Sie die Informationen an bei frohmut.menze@civil-courage.net.



2. DAS BUCH //

„Seit mein Dieter Sie in Mathematik hat, geht er jeden Morgen mit Bauchweh in die Schule“ (Schülermutter auf dem Elternabend).

„Den Scheiß können Sie selbst ausfüllen“ (Schüler mit Migrationshintergrund schmeißt den Testbogen auf den Boden, den die Lehrerin ihm gereicht hat).

Wir möchten wissen, wie Sie in solchen und ähnlichen Situationen gern reagiert hätten oder gut reagiert haben.

„Gutes Reagieren in schwierigen Situationen“ heißt das nächste Buch der Stiftung Civil-Courage. Für jeden Beitrag, den wir veröffentlichen, bedanken wir uns mit einem Exemplar des Buches.



Fordern Sie die Mitarbeiterunterlagen an bei frohmut.menze@civil-courage.net

Mal wieder die Hausaufgaben nicht gemacht !!

Deshalb stellen wir der schwarz-gelben Landesregierung ein Armutszeugnis aus: „Stefan Mappus kann nicht versetzt werden!!“

„Die schwarz-gelbe Schulmisere“

Die schwarz-gelbe Landesregierung versagt in der Schulpolitik. Unser Schulsystem ist hochgradig sozial ungerecht, produziert viel zu viele Bildungsverlierer und blockiert jede innovative Schulentwicklung vor Ort. Nur: Anstelle Reformen einzuleiten und Bildungsblockaden einzureißen, hält die Landesregierung an ihrer überkommenen Schulpolitik fest und zementiert das überkommene dreigliedrige Schulsystem.

„Werkrealschule ist eine Mogelpackung - Schulsterben im ländlichen Raum“

Die Landesregierung hat die überstürzte Werkrealschulreform vehement vorangetrieben und preist diese als gelungenes pädagogisches Konzept anstatt sie kritisch zu hinterfragen. Fakt ist aber: Die neue Werkrealschule ist eine Mogelpackung und ein Schulschließungsprogramm im ländlichen Raum. Die Werkrealschule hat keine Akzeptanz bei den Eltern und eröffnet den Schülerinnen und Schülern keine besseren Perspektiven. Das gilt umso mehr, als durch die Notenhürde nach der neunten Klasse die Auslese noch verschärft wird. Zudem kommt es durch die vorgeschriebene Zweizügigkeit der Werkrealschulen zu einem massiven Hauptschulsterben im ländlichen Raum.

„Bildungspolitischer Aufbruch von unten“

Wir Grünen forderten einen neuen bildungspolitischen Aufbruch im Land. Nicht die Kinder sollten der Schule angepasst werden, sondern die Schule den Kindern. Deshalb muss endlich ein Schwerpunkt auf die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes gelegt werden. Die Aufteilung von Kindern nach der vierten Klasse steckt Zehnjährige in Schubladen und vergeudet Talente. Wir wollen deshalb eine neunjährige Basisschule für alle Kinder, die überall dort eingeführt werden soll, wo das die Schulträger und die Eltern vor Ort wollen. In der gemeinsamen Basisschule werden mit neuen Lernformen die Begabungen aller Schülerinnen und Schüler individuell gefördert. Die Spitzenleistungen der skandinavischen Schulen zeigen: Davon profitieren die schwächeren Schülerinnen und Schüler ebenso wie die Leistungsstarken.

„Es fällt zuviel Unterricht fällt“

Im Schuljahr 2009/2010 sind in Baden-Württemberg 1,6 Millionen Schulstunden ausgefallen. An beruflichen Schulen ist es sogar jede achte Schulstunde. Und was macht die Landesregierung? Sie begnügt sich mit der Zuschauerrolle und kümmert sich wenig darum, dass Eltern im ganzen Land gegen den viel zu hohen Unterrichtsausfall protestieren. Diese bildungspolitische „Großbaustelle“ muss endlich angegangen werden. Es müssen mehr zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und mehr Krankheitsstellvertretungen an den Schulen eingerichtet werden, damit endlich weniger Unterricht ausfällt.

Misstand an den beruflichen Gymnasien: „Viel mehr Bewerber als Plätze“

Immer schwieriger wird der Zugang zu den beruflichen Gymnasien im Land: Nicht jeder Schüler, der nach der mittleren Reife Abitur machen möchte und den erforderlichen Notendurchschnitt hat, kann dies auch tun. Im Gegenteil: Etwa ein Drittel der Bewerber wird abgelehnt. Damit wird die von Schwarz-Gelb behauptete Durchlässigkeit des Schulsystems, wonach es zu jedem Schulabschluss einen Anschluss gebe, zur Farce. Das ist nicht hinnehmbar: Jungen Menschen darf nicht auf diese Weise der Weg zum Abitur verbaut und Zukunftschancen versperrt werden. Wir brauchen deshalb zusätzliche Klassen an den beruflichen Gymnasien und einen Rechtsanspruch für SchülerInnen, die die Voraussetzungen erfüllen.

„Die neue Kultusministerin: starker Tobak und ein echter Etikettenschwindel“

Die Inthronisierung von Marion Schick als neue Kultusministerin 2010 hat sich als bloßer Marketing-Gag entpuppt, der von der bildungspolitischen Misere im Land ablenken soll. Mit Frau Schick hat die veraltete Schulpolitik lediglich eine neue, attraktivere Verpackung erhalten. Die Professorin aus Bayern mag rhetorisch versierter sein als ihr Vorgänger, aber sie hat bisher keinen einzigen neuen Impuls in der Bildungspolitik gesetzt.

„Schwarz-gelbe Schulpolitik ist ungerecht“

In keinem anderen deutschen Bundesland hängen die Bildungschancen eines Kindes so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab: Im Südwesten sind die Chancen eines Facharbeiterkindes, ein Gymnasium zu besuchen, um den Faktor 6,6 niedriger, als für ein Akademikerkind. Dennoch blockiert die Landesregierung jede innovative Schulentwicklung jenseits des dreigliedrigen Schulsystems – auch wenn diese von den Eltern und allen anderen Beteiligten vor Ort gewünscht wird.

„Das Turbo-Gymnasium nur auf dem Rücken der Kinder ausgetragen!“

Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums hat die zeitliche Belastung und den psychischen Druck der Kinder massiv erhöht. Dennoch ist die Landesregierung nicht bereit, den Korrekturwünschen der Eltern am G8 entgegenzukommen. Diese starsinnige Haltung ist nicht akzeptabel. Wir Grünen unterstützen die Forderung des Landeselternbeirats, eine Wahlmöglichkeit für ein neunjähriges Gymnasium einzuführen. Wenn es alle Beteiligten vor Ort wollen, sollte auch ein G9-Zug zugelassen werden. Das würde die ersten Gymnasialjahre zeitlich entzerren und mehr Chancengerechtigkeit schaffen. Die Landesregierung darf nicht länger an starren, von oben gesteuerten Einheitsmodellen festhalten, sondern sie sollte dort, wo es von unten gewünscht wird, auch andere Modelle zulassen. Außerdem müssen die Inhalte und Lehrpläne beim G8 entschlackt und das Gymnasium zu einer echten Ganztagschule mit einem rhythmisierten pädagogischen Konzept ausgebaut werden.

Impressum

Die Grüne Post Mittelbaden erscheint im Februar 2011 und wird im Landkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden als politische Basisinformation an alle Haushalte kostenlos verteilt. Auflage: 100.000 Exemplare. V.i.S.d.P.: Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen, c/o Bea Böhlen, Hahnhofstraße 1, 76530 Baden-Baden, Telefon (07221) 31646, bea@boehlen-baden-baden.de Druck: Greiserdruck, Rastatt. Fotos: Bündnis 90/Die Grünen, Privat

Blauer Brief an Stefan Mappus

Hallo Stefan Mappus,

zunächst muss Dich Dein Volk sehr rügen! Seit Du am 10. Februar 2010 eine Klasse auf Drängen Deiner Ziehväter übersprungen hast, weist Du sehr viele Fehlstunden auf. Darunter litten Deine Zensuren sehr, besonders in Mathematik scheint es so, dass Dir manchmal die Grundrechenarten fremd sind. Wie oft haben wir es in Mathe gepaukt, dass man Äpfel und Birnen nicht addieren kann! Stefan, merke Dir gut: Man kann Geld nur einmal ausgeben und man muss den Gesetzen der Marktwirtschaft gehorchen. Selbst Aktienpakete kauft kein Mensch auf dieser Welt überteuert ein. Weißt Du, wer ändern eine Grube gräbt, der fällt selbst hinein. Das gilt auch für Dein befremdliches Verhalten bei Stuttgart21. Dir als Sohn eines Schuhmachers sei gesagt, „Schuster, bleib bei Deinen Leisten!“

Blauer Brief an Tanja Gönner

Liebe Tanja Gönner,

unser Bundesland hat 35.751,46 km² Fläche, über zehn Mio. Einwohner und ist in vier Regierungsbezirke eingeteilt. Tanja, die wichtigsten Flüsse heißen Rhein, Donau, Main und Neckar und die meisten Einwohner leben in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Ulm und Freiburg – Städte, die von zwei großen Autobahnen (A5 und A8) verbunden werden. Wenn Du aber jemals mit dem IRE von Karlsruhe nach Konstanz am Bodensee fährst, kannst Du getrost Stuttgart links liegen lassen. Denn die Fahrt geht über Rastatt, Baden-Baden, Bühl, Offenburg, Villingen, Donaueschingen und Singen an den Bodensee. Auch wenn Deine Parteifreunde es weiterhin beteuern, Stuttgart21 spielt für diese Verbindung keine Rolle. Tanja, sank ju for traweling wis Deutsche Bahn – vielleicht mal nach dem 27. März 2011?

Blauer Brief an Ulrich Goll

Grüß Gott, Ulrich Goll,

zuerst bedanken wir uns dafür, dass Du die großkalibrige Neun-Milimeter-Kanone zurückgegeben hast. Als Justizminister ist so eine Knarre ja auch nur hinderlich, besonders wenn man am Bodensee mit seinen Bodyguards joggt. Was sollen denn Deine Freunde vom Musikverein Salem denken, wenn Du den Taktstock wie Charlton Heston schwingst? Erzähle uns aber mal, wie Du es Deinen fünf Kindern erklärst, dass Du immer noch einen Revolver Kaliber 22 zur Selbstverteidigung führst? Dabei ist doch Mimmhausen bei Salem eher als friedliebendes Einod am Bodensee bekannt. Selbst in Stuttgart hast Du nichts zu befürchten, denn in der Landeshauptstadt sorgt man sich bestenfalls um die Kehrwoche oder um den Erhalt des VfB Stuttgart in der ersten Liga.



Wir machen Apps für

blacklabs
mobile developments

- das iPhone, iPod touch und das iPad. Und für Android, für Windows Phone und alle anderen,
- Bertelsmann, Duden und DJH. Für Ravensburger, Lingen und Hueber ...
- die Grünen, für Rechtsanwälte, Ärzte, Verlage, kleine und große Unternehmen ...
- dich und Sie

Wir kümmern uns um alles. Auch um das Marketing. Auch international. Wir sind erfolgreich: Von unseren derzeit 28 Apps im Store von Apple sind immer mehr als 10 Apps in den umsatzstärksten ersten 200 Apps. Von insgesamt 35.877. Wir sind wirklich günstig – weil wir unsere genialen Bausteine vielfach nutzen können. Und wir machen keine Apps für die Atomindustrie.

Noch Fragen? – bitte sehr: www.blacklabs.de • frohmut@menze.de • 07227 992 731

Energie für alle: Ein Hubspeicher-Kraftwerk reicht

Quelle: www.solarserver.de · Anlage des Monats · Mit freundlicher Genehmigung des Autors: Eduard Heindl



Der Diplom-Physiker Prof. Dr. Eduard Heindl lehrt an der Hochschule Furtwangen den Studiengang e-Business-Technologie. Weltweit machte er sich einen Namen mit seinen Gletschersimulationen im Schwarzwald. Der Internet-Experte leitet in Tübingen seine Unternehmen Heindl Internet AG und Heindl Server GmbH. Er ist Autor zahlreicher Fachbücher.

Der Erfolg der erneuerbaren Energien hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, diese Energien zu speichern, um sie auch dann zur Verfügung zu haben, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Dazu hat Eduard Heindl, Professor an der Hochschule Furtwangen, einen Vorschlag entwickelt, der erstaunt. Es ist leicht zu verstehen und beeindruckt nur durch seine Dimension, abgesehen von der ungewohnten Vorstellung: Was eigentlich spricht dagegen, wenn man die Alternativen bedenkt? Wenn die EnBW schon staatlich ist, warum dann diesen Energieriesen nicht mit einer grün-geführten Landesregierung dazu nutzen, um ein solches Projekt wie das riesige Hubkraftwerk zu realisieren?

Die Grundidee ist das Anheben einer großen Felsmasse und damit das Speichern von potenzieller Energie. Bei Bedarf wird die Felsmasse wieder abgesenkt und die Lageenergie in Strom umgewandelt. Dazu wird ein Zylinder aus Gestein (bevorzugt Granit) aus seiner natürlichen Umgebung abgetrennt. Dies erfolgt durch Seilsägen, wie sie in Steinbrüchen verwendet werden, um große Quader auszusägen. In diesem Fall wird die Seilsäge jedoch so aufgebaut, dass eine Zylinderwand entsteht. Im nächsten Schritt wird der Zylinderboden abgetrennt. Pumpet man in die

se Anordnung von unten zwischen den ausgesägten Zylinder und den Untergrund Wasser, hebt sich der Zylinder. Vorausgesetzt wird, dass die Zylinderwand mit einer Dichtung versehen ist, wie in jedem hydraulischen Zylinder – der angehobene Zylinder speichert jetzt die Pumpenergie als Lage-Energie. Will man dem System die Energie wieder entnehmen, wird das unter Druck stehende Wasser im Hubraum über eine Turbine geleitet. So kann mit einem angeschlossenen Generator wieder Strom erzeugt werden, genau nach dem Prinzip eines

Pumpkraftwerks.

Je größer hierbei der Radius des Zylinders ist, also die Energiemenge, die gespeichert werden kann, desto geringer werden im Vergleich dazu die Herstellungskosten der Anlage. Die Berechnung findet man hier im Internet unter www.solarserver.de

Es entstünde ein Kraftwerk mit einer max. Speicherkapazität von 1.614 Giga-Watt-Stunden. Das ist bereits die ganze Energiemenge, die der täglichen Bruttostromproduktion von ganz Deutschland entspricht. Es würde daher genügen, wenn zwei Speicherkraftwerke dieses Typs mit jeweils 500 Meter Radius in Deutschland stehen würden. Der Flächenbedarf dieser Kraftwerke liegt unter zwei Quadratkilometern, unvergleichlich weniger, als entsprechende Stauseen benötigen würden. Zudem wird mit diesem Verfahren keine Fläche überflutet, sondern kann im naturnahen Zustand verbleiben. Die Kosten der vorgestellten Anlagen.

Dieses Konzept für die Energie-Speicherung mit großen Hubkolben ist neu und daher können nur grobe Schätzungen der Kosten erfolgen. Allerdings gibt es für die Komponenten bereits belastbare Zahlen, da die einzelnen Fertigungsschritte konventioneller Natur sind. Um den Hubkolben aus dem Granitstein auszutrennen, benötigt man zuerst einen Standort, an dem Granit möglichst bis an die Oberfläche reicht. Dies ist etwa im Schwarzwald der Fall.

An den neuen Standort wird zuerst ein Schacht bis in die gewünschte Tiefe vorgetrieben, bei einem großen Hubspeicher mit 500 Meter Radius wird bis in ein Kilometer Tiefe abgeteuft. Danach werden zwei kreisförmige Tunnel mit jeweils 500 Meter Radius vorgetrieben. Zum Vergleich: Der Tunnel für das Experiment zur Suche nach Elementarteilchen am CERN bei Genf hat einen Durchmesser von 28 km. Von der Oberfläche werden Bohrörter zu den Kreistunneln abgeteuft, und in diese Bohrörter werden Seilsägen für Granit eingeführt. Dieses Vorgehen ist aus der Granitgewinnung bekannt, wenn auch nicht mit den gleichen Dimensionen. Da Granit sehr hart ist, gibt es einen erheblichen Verschleiß der Seilsäge und man rechnet mit Kosten von Euro 10 pro Quadratmeter Schnittfläche im Granitabbau. Für das Sägen dieser Anlage entstehen somit Kosten von circa Euro 32 Millionen.

Der Bau der Tunnels ist ebenfalls sehr teuer und wird bei einem Preis von Euro 50.000,00 pro Meter in der Größenordnung von Euro 360 Millionen liegen. Die Kosten der weiteren Komponenten, wie Pumpen und Generatoren sowie Anschlussleitungen, hängen sehr vom genauen Design der Anlage ab und werden hier nicht vorab in die Rechnung einbezogen, da sie unabhängig von der Technologie sind. Der Anlagenpreis liegt ohne Energiewandler bei rund Euro 400 Millionen. Das scheint zu-



nächst sehr viel, es muss aber 0,24 weit unterhalb der Euro auf die Speicherleistung umgelegt werden. Die Kosten pro Kilowattstunde liegen mit Euro

Der pfiffige Häuslebauer spart



Das Lokale-Agenda-Haus. Eine optimierte Dämmung und eine Ausrichtung nach Süden sorgen für einen geringen Energieverbrauch. Das kombinierte Heizsystem aus Solarthermie und Pelletkessel arbeitet so effizient, dass die Uni Karlsruhe die Daten zu Forschungszwecken nutzt.

Das „Lokale-Agenda-Haus“, entstand 2004 in Baden-Baden ein 190 qm großes Einfamilienhaus, in dem sich ökologische Bauweise und effiziente Energietechnik mit hohem Wohnkomfort und ansprechender Optik vereinen. Die „Agenda 21“ ist ein weltweites Aktionsprogramm für umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklungen.

Sie wurde von mehr als 170 Staaten auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklungen 1992

in Rio de Janeiro verabschiedet. In vielen Kommunen, so auch in Baden-Baden, sind lokale Gruppen entstanden, die diese Prinzipien auf ihre Gemeinde anwenden wollen.

Als Herbert Meyer-Jacob sein neues Haus plante, war es ihm wichtig, ein ganzheitliches Konzept umzusetzen, welches sowohl unter energetischen als auch baubiologischen Aspekten die positiven Möglichkeiten modernen Bauens vereint. „Un-

ser Sohn war damals zwölf Jahre alt und unsere Tochter gerade unterwegs“, erinnerte er sich. „Wir wollten ein Zuhause schaffen, das seinen Beitrag zum Schutz unserer Umwelt für künftige Generationen leistet.“ Nach etlichen Diskussionen in der Lokalen-Agenda-Gruppe über verschiedene Möglichkeiten entschied er sich, ein Niedrigenergie-Fertighaus zu errichten. Die Außenhülle mit Fenstern und Teile des Keller wurden von einem Fertighaushersteller geliefert, der Rest in Eigenleistung ausgebaut. Zusätzlich zur vorhandenen ökologischen Dämmung brachte Meyer-Jacob eine vier Zentimeter dicke Dämmschicht aus Hanffasern ein.

Die Innenwände sind teilweise in Lehmbauweise mit integrierter Wandflächenheizung ausgeführt. Lehm sorgt für ein angenehmes Raumklima und dient als Wärmespeicher für die einfallende passive Sonnenenergie. Bei der Wahl des Heizsystems fiel die Entscheidung auf eine Pelletsheizung. Sie nutzt an Tagen, an welchen die Solaranlage auf dem Dach den Wärmebedarf des Hauses nicht ausreichend decken kann, den 100 Prozent regenerativen Rohstoff Holz.

Weil Holz mit einem Kesselwirkungsgrad von über 94 Prozent verbrennt, ist die Klimabilanz der Heizanlage vorbildlich. In dem zwölf m² großen Heizungskeller werden der ÖkoFEN-Pelletkessel, der

eine Grundfläche von etwa 1,5 m² aufweist, ein großer Pufferspeicher mit 2.260 Liter Volumen und das 2,5 Tonnen fassende Pelletslager untergebracht. Vom Gewebetank gelangen die Pellets vollautomatisch über eine Förderschnecke zum Brenner. Die Steuerung regelt selbstständig die optimale Brennstoff- und Luftzufuhr. Auch die Anlieferung gestaltet sich komfortabel. Ein Mal im Jahr werden die Pellets von einem Silofahrzeug über einen Schlauch in den Gewebetank eingeblasen. Der Verbrauch pro Heizperiode liegt bei circa 2,2 Tonnen Pellets, was jährlichen Heizkosten von etwa Euro 550 entspricht. Das gesamte Heizsystem mit Pelletkessel, Pufferspeicher, Gewebetank mit Förderschnecke, Solarkollektoren und Fußboden- und Wandflächenheizung kostete rund Euro 30.000,00 – insgesamt geht der Bauherr davon aus, dass sich die Mehrkosten über acht Jahre Laufzeit amortisiert haben werden. 2007 wurde die Energieversorgung des Hauses um eine Photovoltaikanlage mit einer Spitzenleistung von 2,66 kWp ergänzt. Die Kosten beliefen sich auf Euro 13.800,00. Sie erntet durchschnittlich 2.500 Kilowattstunden Sonnen-Strom pro Jahr und amortisiert sich in ca. elf bis zwölf Jahren. Weil das Gesamtkonzept dieses ökologisch optimierten Niedrigenergiehauses in Baden-Baden so hervorragend funktioniert,

Sparen Sie Heizkosten mit Pellets und Solar von ÖkoFEN

Die rentable Investition in Ihr Zuhause

- heizen Sie dauerhaft günstig
- investieren Sie werthaltig in Ihr Eigenheim
- leisten Sie einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz

ÖkoFEN Vertriebscenter Baden-Württemberg West e.K.
Steinfeldweg 11 · 77815 Bühl
Tel. 0 72 23 / 28 16 98 - 0 · Fax - 9
e-mail: bach@oekofen.de
www.oekofen.de

Europas Spezialist für Pelletsheizungen

Anselment
Kachelofen und Kaminstudio

Kachelöfen
Kaminöfen
Heizkamine
Pelletöfen

Steinfeldweg 11, 77815 Bühl, Fon 07223/ 9831-0
www.kachelofen-anselment.de

bietet Herr Meyer-Jacob anderen Bauherren in der Region an, sich bei ihm vor Ort über die Möglichkeiten energieeffizienten und attraktiven Bauens zu informieren. Das Europäische Institut für Energieforschung (EIFER) der Uni Karlsruhe hat das Gebäude in ein Untersuchungsprogramm aufgenommen, bei welchem die effektive Energienutzung von insgesamt neun verschiedenen Häusern verglichen und aus-

gewertet werden. Herbert Meyer-Jacob ist zuversichtlich, dass sein wohlliches Domizil bei diesem Projekt Standards setzen wird.

Tag der offenen Tür:
Samstag, 19. Februar 2011, ab 15.00 Uhr. Ort: Gaisbühlstraße 10, 76532 Baden-Baden. Anmeldung: Telefon (07221) 181055 oder meyer-jacob@online.de

Das Frauenhaus

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Für 1.397 Frauen und 1670 Kinder hat das leider nicht gegolten. Sie wurden bedroht und geschlagen. Zum Glück gibt es das Frauen- und Kinderschutzhaus Baden-Baden/Landkreis Rastatt. Hier haben diese Frauen und Kinder seit 1994

Zuflucht, Schutz und Hilfe für einen Neuanfang gefunden. Jetzt ist das Haus nach Rastatt umgezogen, die Arbeit geht mit zwanzig Plätzen, drei Vollzeitstellen und vielen ehrenamtlichen Helfern weiter. Kontakt: (07222) 774140 www.frauenhaus-baden-baden-rastatt.de

Franz Vogel: ein Visionär



Wenn seine samtene Stimme ertönt, schmelzen nicht nur Frauenherzen dahin. Das ganze Publikum lauscht gebannt, wenn Franz Vogel singt. Diese Stimme vergisst man nicht. Er leistet Erstaunliches und bleibt mit beiden Beinen auf dem Boden. Der „Kompost-Vogel“ - so ziemlich jeder Gartenbesitzer im Raum Bühl und Baden-Baden dürfte ihn kennen - ist ein bescheidener Schaffer, Arbeit sein Lebenselixier. Die Kompostanlage in Bühl-Vimbuch ist schon sehr eindrucksvoll. Im Herbst, wenn die Gartenabfälle kommen, geht es zu wie im Bienenstock. Gartenabfälle türmen sich zu riesigen Haufen und ein paar Verarbeitungsschritte weiter kann man die fertigen, haushohen Kompostberge sehen. Vorne kommen die Gartenabfälle rein, hinten kommt Kompost und Blumenerde raus. Das Geschäft läuft, weil der Kompost gut ist. Mittlerweile hat sich die Firma entwickelt. Angefangen hatte es 1988 als der Kompost-Vogel die Gartenabfälle der Stadt Baden-Baden verarbeitete. Dann wurde die Bio-Tonne eingeführt und Franz Vogel

erkannte seine Chance. Seine Firma war in der Lage, diesen „Müll“ zu verarbeiten. Aus Abfall, Küchenabfällen und Grün-schnitt, Stoffe, die bis dahin auf der Mülldeponie landeten und dort große Probleme verursachten, weil sie viel Platz verbrauchten, weiter gärten und Gase erzeugten, hat er ein neues, begehrtes Produkt gemacht: guten Kompost für gute Erde, um gute und gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Das ist die gute Idee, deren Zeit gekommen war, auf die Franz Vogel auf dem Foto oben hinweist: Weg von der Wegwerf-Mentalität. Den Müll als Rohstoff begreifen, aus dem man neue Produkte macht. Kompost, Erde, und mittlerweile auch Strom. Der Baden Airpark wird mit Strom von Vogels Firma, die jetzt Umweltpartner Vogel AG heißt, versorgt. Bei der Eröffnung dieser Anlage 2005 waren Kanzlerin Angela Merkel und der damalige Ministerpräsident Öttinger zu Besuch, demnächst wird der türkische Umweltminister kommen, um sich über mechanisch-biologische Abfallbehandlung zu informieren. Die Umweltpartner

Vogel AG vertreibt heute vierzig Anlagen zur Kompostierung in fünfzehn Ländern der Erde, wo bis zu 160.000 Tonnen Müll verarbeitet werden können. Immer mehr setzt sich der wahre Kreislaufgedanke durch, Mehrweg beim Einkauf, Einkaufen ohne Plastiktüten. Franz Vogels Vision für 2030: Kein Müll mehr. Einfach, weil die Rohstoffe fehlen werden. 2030 werden die Mülldeponien wieder aufgebrochen werden, sagt er voraus, weil hier große Mengen an Kunststoffen und Metallen lagern. Wenn das Öl verbrannt ist und die Edel-Metalle knapp werden, wird man sich der Müllkippen erinnern und der Schätze, die darin verborgen sind. Das Motiv, das Franz Vogel leitet, hat er von seiner Großmutter übernommen: „Es war in Ordnung, dass ich auf der Erde war“. Wer so etwas von sich sagen kann, hat ein erfülltes Leben. Die Kompost-Anlage befindet sich in Vimbuch und ist von Montag bis Samstag geöffnet. Weitere Informationen unter: www.kompostanlagen.de

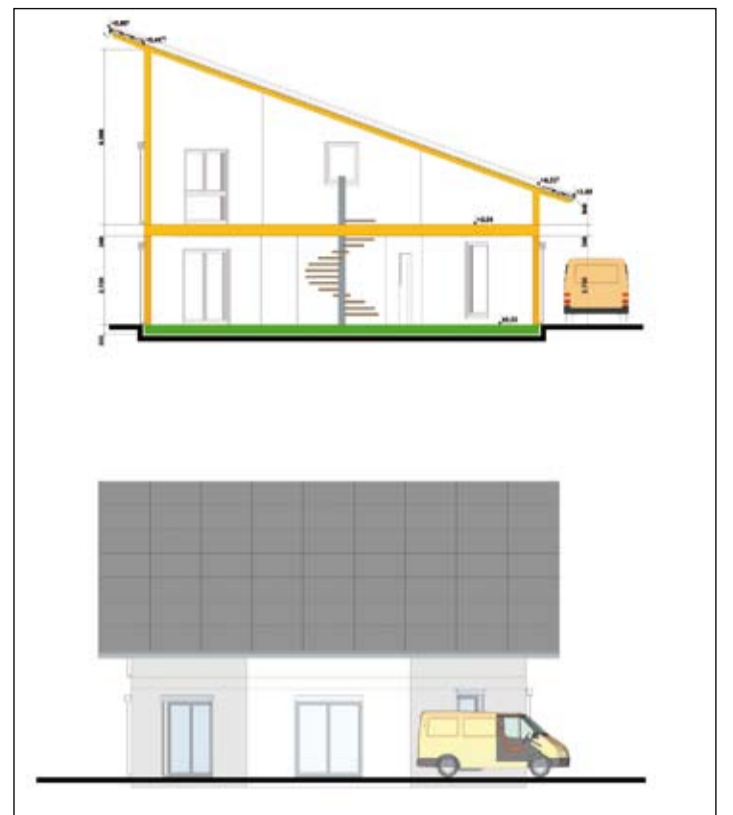
Zehn neue Gebote für ein neues Lebensmittel-Bewusstsein

Bei einem großen Essen, an einer schön gedeckten Tafel, werden gerne Trinksprüche ausgebracht. Üblicherweise gelten diese den Gästen oder dem Gastgeber. Der Dioxin-Skandal lehrt wieder einmal, wie so viele Nahrungsmittel-Skandale vor ihm, dass es Zeit dafür ist, Ess- und Trinksprüche auf das Essen selbst auszubringen und zu beherzigen. Die zehn Ess- und Trinksprüche hat Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 11. Januar 2011 vorgestellt.

- | | | | |
|-----------|--|----------|--|
| 1 | Lebensmittel müssen wieder sein, was ihr Name sagt: Ein Mittel zum Leben. | 2 | Die Verbraucher müssen fragen, woher die Lebensmittel kommen, die wir essen. |
| 3 | Es braucht einen neuen Respekt vor dem Essen. Das muss nicht heißen, dass das Essen wieder so teuer werden muss wie einst; aber das Essen muss den Menschen wieder etwas wert sein. | | |
| 4 | Die Esser müssen wissen, was sie essen. Deshalb ist es gut, wenn gentechnisch veränderte Lebensmittel gekennzeichnet werden müssen. Vielleicht ist die Angst vor der Gentechnik übertrieben; aber in dieser Skepsis steckt ein neues Bewusstsein, das Bewusstsein, sich nicht mehr alles vorsetzen zu lassen. | | |
| 5 | Sie dürfen vor den scheußlichen und ekelhaften Produktionsbedingungen von Billiglebensmitteln nicht mehr die Augen verschließen. | 6 | Ess- und Koch-Wissen sollte wieder Eingang finden in den Bildungskanon. |
| 7 | Die Verbraucher müssen ihre innere Spaltung beenden. In Umfragen bekennt sich fast jeder zu Bio-Lebensmitteln, doch im Supermarkt kauft er lieber die Billigpizza. | | |
| 8 | Man sollte der gemeinsamen Mahlzeit wieder mehr Zeit und Raum geben. Eine Mittagspause, in der man am Computer herumhackt und nebenbei etwas hineinschlingt, ist keine Pause. | | |
| 9 | Es geht um Andersdenken und Anderskaufen als bisher, um ein Anderskochen und Andersessen: Das ist Mikropolitik, das ist Politik in der Lebenspraxis des Alltags – aber es ist Politik. Verändertes Verbraucherverhalten verändert das Verhalten der Anbieter. | | |
| 10 | „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ – so sagt es Mackie Messer in der Dreigroschenoper. Das stimmt schon so, exakt so. Ein Essen ohne Moral ist ein Fressen, kein Essen. Wenn nicht mehr Tiere, sondern Fleischbatzen gezüchtet werden, wenn ein Besuch in einer Schlachtfabrik zu einem Albtraum wird, wenn die Äcker überzüchtet werden mit Pestiziden und Dünger, wenn kein Respekt vor dem Lebensmittel mehr da ist – dann ist das Essen ein Fressen... | | |

Wir zapfen nur die Sonne an

Wir, die Redakteure der Grünen Post sitzen mit dem mittelbadischen Tüftler Michael Schorn in seinem geräumigen Solarpavillon im Industriegebiet Steinbach-West zusammen. Er hat viel über sein Leben als Bauunternehmer und seinen Visionen auf dem Sektor der erneuerbaren Energie zu erzählen. Alles, was er schildert, klingt schlüssig und überdacht. Das ist dann auch schon das Stichwort: Denn ein Surren, das an einen Kaffeefüllautomaten erinnert, lenkt unsere Aufmerksamkeit auf das Dach seines 2008 erbauten Solarpavillons. Es hat eine Dachneigung von 20 Grad und auf ihm befinden sich etwa 200 m² Solarzellen. Schorn grinst und erläutert uns, dass sich das erste Stockwerk samt Dach und Solarzellen alle elf Minuten der Sonne nachdreht. „Dadurch erzielen wir einen höheren Wirkungsgrad gegenüber starren Solarinstallationen! Wir erzielen dadurch dreißig Prozent mehr Sonnenenergie, die wir ins Netz einspeisen.“ Er strahlt wie ein Wissenschaftler, der soeben die Lösung zu seinem Problem gefunden hat und erzählt, dass sich sein Solarpavillon nach derzeitigen Stand binnen zehn



Jahren amortisiert hat. Der Ladestecker ein, um morgens Glanz in seinen Augen verrät uns eine weitere Innovation: Erst neulich hat er ein Solarauto mit hoher Reichweite zur Probe gefahren und sein erster Gedanke war, dass man in Zukunft Solarhäuser mit eigener „Tankstelle“ errichtet. Abends stellt man sein Auto in die Garage und stöpselt den

Ladestecker ein, um morgens mit einem vollen Akku zur Arbeit oder zum Einkaufen zu fahren. Weitere Informationen erteilt der Architekt: Herr Klaus Walz, VARIO-Bauplan GmbH, Telefon (07223) 943273, walz.klaus@t-online.de. Das Solarpavillon kann jeden Donnerstag ab 18:00 Uhr besichtigt werden.



Vertrauen ist gut – wir aber wissen stets, woher unsere Bioprodukte stammen.

Wir sind ein anerkannter Demeter-Gärtnerhof-Hofladen und bieten unserer Kundschaft täglich frische Ware an. Unser reichhaltiges Sortiment beinhaltet neben Obst und Gemüse auch Fleisch, Wurst, Brot, Käse und andere Molkereiprodukte sowie Trockenwaren und Kosmetika in bekannter Demeter-Qualität.

vital
Naturfeinkost

**Demetergärtnerhof
Hofladen Decker**

Rheinstraße 2 · 76530 Baden-Baden
Luisenstraße 32 · 76530 Baden-Baden
Ottenhofenerstraße 27 · 77815 Weitenung
Wochenmarkt Gaggenau: mittwochs + samstags
Wochenmarkt Gernsbach: freitags

Seit über 20 Jahren
für Sie in Mittelbaden

ARD-ZDF: Nach sieben Tagen offline

Das Internet ist ein modernes Medium, das auch als Radio und Fernsehen genutzt wird. Mittlerweile ist es so alltäglich geworden, dass bei Vorhandensein eines Internetanschlusses die Rundfunkgebühr bezahlt werden muss. Damit besteht die Möglichkeit, rund um die Uhr

auf gesendete Programme und vor allem auf die Medienarchive der öffentlich-rechtlichen Sender zuzugreifen. Doch diese dürfen sie in der Regel nur sieben Tage lange im Internet anbieten, dann müssen die Sendungen gelöscht werden. Der Grund: privaten Zeitungsverlage be-

fürchten hier Einnahmeverluste und Wettbewerbsverzerrung. Sie glauben, dass ihr Internet-Angebot schlechter verkauft wird. Als würde jemand, der sich eine ältere Sportschau oder eine Kabarett-Sendung im Internet anschaut, alternativ eine Zeitung abonnieren!?

Das Wutschwein klagt an

Tiere werden zu Produkten, massenhaft und so günstig wie möglich hergestellt. Die Lebensmittel werden zu Billigwaren für Discounter und für Kunden, die möglichst günstig und bequem ein Schnitzel oder eine Pizza auf den Tisch zaubern. Wozu das führt? Zu BSE, Dioxin im Frühstücksei, Schließung von Bauernhöfen, ruinierte Bauern. Es ist Zeit für ein Umdenken. In der Landwirtschaft, im Verbraucherschutz und – nicht zuletzt bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern selbst. „Lebensmittel müssen wieder Mittel zum Leben sein“, fordert die SZ: „Es geht um ein Andersdenken und Anderskaufen als bisher, um ein Anderskochen und ein Andersessen“. Für dieses Andersdenken und Anderskaufen setzt sich die Gruppe „Essen ohne Gentechnik“ für den Raum Mittelbaden ein. Unsere Aktionsgruppe möchte

die Bürger und Bürgerinnen über die Gefahren und Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln informieren. Mit Infoständen auf den Wochenmärkten, mit Diskussionen, Filmen und Vorträgen macht die Initiative darauf aufmerksam, wie Lebensmittel manipuliert werden und welche Bedeutung die Agrogentechnik inzwischen hat. Ingrid Walter, von der Aktionsgruppe nimmt Stellung zu den aktuellen Lebensmittelkandalen.

Frage: Wie sicher sind denn unsere Lebensmittel?

Ingrid Walter: Das kann ich als Verbraucherin nicht beurteilen, da wir die Lebensmittelherstellung nicht selbst überwachen können. Die gläserne Produktion gibt es nur bei wenigen Bauernhöfen. Je verflochtener und industrialisierter die Produktion, desto

schwieriger sind die Kontrollen. Aber aufgrund der immer wiederkehrenden Skandale traue ich der konventionellen Lebensmittelindustrie nicht mehr. Ich esse mein Gemüse am liebsten aus dem eigenen Garten oder beziehe meine Lebensmittel aus dem Bioladen. Hier gab es bisher kaum negative Meldungen.

Frage: Warum kommt es immer wieder zu neuen Lebensmittelkandalen?

Ingrid Walter: Das liegt an der immer stärker industrialisierten Landwirtschaft und der damit einhergehenden Massenproduktion von Tieren und Pflanzen. In der Nähe von Celle in Niedersachsen wird bald ein Schlachthof für die Schlachtung von 2,5 Millionen Tieren pro Woche in Betrieb gehen. Ein großer

Teil davon geht in den Export. Deutschland produziert Fleisch für die ganze Welt, das Futter muss aus Übersee importiert werden, dafür wird der Regenwald abgeholzt, um eiweißreiches Kraftfutter mit bobem Einsatz an Düngemittel- und Spritzmitteln herzustellen. Für die Hersteller ist es ein Milliardengeschäft, auf Kosten der Umwelt, der Tiere, der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und letztendlich auch des Verbrauchers.

Frage: Wo können denn die Verbraucher noch einkaufen, ohne Angst vor dioxinverseuchten Eiern oder gentechnisch veränderten Lebensmitteln zu haben?

Ingrid Walter: Da bleiben nur die Bioläden und die biologisch wirtschaftenden Höfe.

Internetpolizei.net

Zensur wird immer gerne begründet mit dem Missbrauch der Freiheit. An sich soll das Internet frei sein, aber da gibt es ja Kriminelle, Terroristen, Kinderpornographie, politische Extremisten, Gefährdung der Jugend und deshalb. Zum einen eignet sich dieser Missbrauch gern als Vorwand, denn ein Lukatschenko oder Ahmadi-nedschad verstehen unter Kriminalität doch etwas anderes als wir. Zum anderen ist es doch ein Irrglauben, dass man dem Internet nur den Strom abdrehen müsste und schon wäre der Missbrauch beseitigt.

Leute mit kriminellen Energien, Terrorismus oder Pornographie etc. existieren weiter, mit oder ohne Internet. Man hätte nur das Symptom, aber nicht die Krankheit von diesen Phänomenen behandelt. Die Probleme müssen in der realen Welt gelöst werden und nicht in der virtuellen Realität. Wirksamer Schutz von Verfassung und Gesellschaft besteht immer noch aus wachsamem, selbstbewussten Bürgern, die sich zu wehren wissen. Ein Überwachungsstaat dagegen schwächt die Eigenkräfte, weil er die Bürger nur entmündigt.

Unsere Termine 2011

Tag	Uhrzeit	Veranstaltung
31. Januar	19.00	Halberstung, Bürgerbegegnungsstätte Anschluss desBaden-Airpark. Dr. Gisela Splett, MdL aus Karlsruhe.
2. Februar	20.00	Gernsbach, Kino-Center, Bleichstraße 40 Forum Politischer Film zeigt „Lebanon“
3. Februar	20.00	Bischweier, Gasthof Adler, Bahnhofstraße 10 Nachhaltige Landwirtschaft mit Manuel Hummel
5. Februar	11.00	Augustaplatz, Baden-Baden. Demonstration Pro Kopfbahnhof21.
10. Februar	14.30	Rheintaltrasse bei Rastatt, Winfried Kretschmann
10. Februar	16.00	„Amadeus“, Leopoldsplatz, Baden-Baden. Wahlkampfauftakt mit Winfried Kretschmann.
10. Februar	19.00	goodnews4baden-baden.de, Hotel Dorint. Podiumsdiskussion mit Winfried Kretschmann.
15. Februar	11.00	Gaggenau, Kita Sternchen, Kerstin Andrae
16. Februar	20.00	Baden-Baden, Kurhaus, Kerstin Andrae, Haushaltspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion
24. Februar	17.30	Rastatt, Reithalle. Demokratie – Quo vadis? Klassische und aktuelle Texte zur Demokratie. Leseabend der OV Murgtal u. a. mit Bea Böhlen und Manuel Hummel vor Ort.
19. Februar	15.00	Lokale-Agenda-Haus der Familie Meyer-Jacob, Gaisbühlstr. 10, Baden-Baden. Tag der offenen Tür. Anmeldung: meyer-jacob@online.de
23. Februar	19.00	Solarpavillon in Steinbach-West. Dr.-Rudolf-Eberle-Straße 46. Baden-Badener Koch-Charity-Veranstaltung. Mit Rezzo Schlauch und Tony Marshall. Anmeldung: Angelina Louis (07221) 17713
8. März	10.00	„Amadeus“, Leopoldsplatz, Baden-Baden. Frauenfrühstück zum internationalen Frauentag.
10. März	19.30	Gaggenau, Sven Giegold, MdE, New Green Deal
12. März	10.00	Auf dem Markt in Bühl. Bea Böhlen vort Ort. Thema: Atomkraft
18. März	14.00	Am Blumenbrunnen, Baden-Baden. Winfried Kretschmann, der Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen kommt.
19. März	10.00	Auf dem Markt in Bühl. Thema: Gentechnik. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion kommt.
19. März	12.00	Am Hirschbuckel, Baden-Baden. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion kommt.
19. März	19.30	Bühl, Pellet-Akademie, Gerhard Schick MdB
22. März	10.00	Wochenmarkt in Lichtental. Bea Böhlen vor Ort.
23. März	19.30	Rastatt in der Pagodenburg. Fritz Kuhn kommt.
24. März	10.00	Wochenmarkt Augustaplatz. Bea Böhlen vor Ort.
25. März	10.00	Wochenmarkt in Lichtental. Bea Böhlen vor Ort.
25. März	14.00	Am Blumenbrunnen, Baden-Baden. Bea vor Ort.
26. März	8.30	Wochenmarkt Bernhardsplatz, Baden-Baden Bea Böhlen vor Ort.
27. März	18.00	Wahlparty im „Amadeus“, Leopoldsplatz, BAD

Grüne Koch-Charity



Am Mittwoch, den 2. Februar 2011, um 19.00 Uhr, veranstaltet der Orstverband Baden-Baden eine „Baden-Badener-Charity-Koch-Veranstaltung“ im Solarpavil-

lon in Steinbach-West, in der Dr.-Rudolf-Eberle-Straße 46. Es wird ein wahrhaft biologisch-nachhaltiges Fünf-Gänge-Menü serviert, das in der Regel aus lokalen Produkten besteht. Chefkoch Siegbert Gütle aus Weitenung, ein ambitionierter Kochkünstler, wird den Kochlöffel schwingen. Rezzo Schlauch moderiert den Abend, Tony Marshall und Bea Böhlen haben ihr Kommen zugesagt. Anmeldung unter: Angelina Louis, Telefon (07221) 17713 oder kontakt@louis-online.net

Bioland-Gemüse, -Obst, Bioeier & mehr ...



... in unserem Hofladen

Besuchen Sie uns persönlich und kaufen Sie direkt ab Hof ein. Sie finden unseren Hofladen in der Hofmattstr. 40 in Sinzheim-Müllhofen.

Unsere Hofladen-Verkaufszeiten: Freitag, 12-19 Uhr



... oder in unserem Online-Shop

Bestellen Sie bequem von zu Hause aus und rund um die Uhr: www.schmaelzle.com



In unserem Hofladen oder in unserem Online-Shop können Sie nicht nur saisonales Obst und Gemüse, sondern auch Brot, Käse, Fleisch, Eier und vieles mehr einkaufen.

... oder Sie bestellen unsere Bio-Kiste

Knackig frisches Gemüse, Obst & mehr aus anerkanntem ökologischen Anbau – von Ihrem Bio-Bauern aus der Region seit 1987 – jede Woche direkt ins Haus gebracht. Testen Sie uns ... und bestellen Sie eine „Schnupperkiste“ im Wert von 15 €.

Tel. 07223 / 6361 oder bio@schmaelzle.com



Bioland Gärtnerei Schmäzle

Hofmattstr. 40 • 76547 Sinzheim-Müllhofen

Telefon 07223 / 6361 • Fax 07223 / 6414

E-Mail bio@schmaelzle.com • www.schmaelzle.com

